



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

67. Sitzung

Hannover, den 19. Dezember 2019

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 50:

Mitteilungen der Präsidentin 6297
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 6297

Tagesordnungspunkt 51:

Fragestunde 6297

a) **Konsequenzen aus PISA-Studie - Was tut die Landesregierung, um die Bildungsqualität deutlich zu steigern und Bildungsgerechtigkeit herzustellen?** - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/5335 6297

Julia Willie Hamburg (GRÜNE)
..... 6297, 6301, 6303, 6308

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister
..... 6298 bis 6302

Björn Försterling (FDP) 6301, 6302, 6304

Harm Rykena (AfD) 6302, 6305, 6307

Lasse Weritz (CDU) 6306, 6307, 6309

Philipp Raulfs (SPD) 6307

b) **Drohen Schülern aus Niedersachsen Schulausschlüsse aufgrund der Impfpflicht?** - Anfrage der Fraktion der AfD - Drs. 18/5336 6309

Stephan Bothe (AfD) 6309, 6311
Grant Hendrik Tonne, Kultusminister
..... 6310 bis 6312

Petra Joumaah (CDU) 6313

Claudia Schüßler (SPD) 6314

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 6315

Björn Försterling (FDP) 6315

Tagesordnungspunkt 52:

Haushaltsberatungen 2020 - Abschluss - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020 - HG 2020 -) - Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020 - Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 21 bis 31 - 19. Eingabenübersicht - Anträge nach § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT - **Schlusserklärungen - Schlussabstimmung** 6316

Anja Piel (GRÜNE) 6324

Johanne Modder (SPD) 6326

Dr. Stefan Birkner (FDP) 6328

Dirk Toepffer (CDU) 6331

Peer Lilienthal (AfD) 6334

Schlussabstimmung 6336

Nächste Sitzung 6341

Vom Präsidium:

Präsidentin	Dr. Gabriele A n d r e t t a (SPD)
Vizepräsidentin	Petra E m m e r i c h - K o p a t s c h (SPD)
Vizepräsident	Bernd B u s e m a n n (CDU)
Vizepräsident	Frank O e s t e r h e l w e g (CDU)
Vizepräsidentin	Meta J a n s s e n - K u c z (GRÜNE)
Schriftführer	Markus B r i n k m a n n (SPD)
Schriftführer	Matthias M ö h l e (SPD)
Schriftführerin	Hanna N a b e r (SPD)
Schriftführerin	Sabine T i p p e l t (SPD)
Schriftführer	Rainer F r e d e r m a n n (CDU)
Schriftführerin	Gerda H ö v e l (CDU)
Schriftführerin	Gudrun P i e p e r (CDU)
Schriftführer	Heiner S c h ö n e c k e (CDU)
Schriftführerin	Susanne M e n g e (GRÜNE)
Schriftführer	Hillgriet E i l e r s (FDP)
Schriftführer	Christopher E m d e n (AfD)
Schriftführer	Stefan H e n z e (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan W e i l (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg M i e l k e , Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris P i s t o r i u s (SPD)	Staatssekretär Stephan M a n k e , Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Reinhold H i l b e r s (CDU)	Staatssekretärin Doris N o r d m a n n , Finanzministerium
	Staatssekretär Heiger S c h o l z , Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Kultusminister Grant Hendrik T o n n e (SPD)	Staatssekretärin Gaby W i l l a m o w i u s , Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisie- rung Dr. Bernd A l t h u s m a n n (CDU)	Staatssekretär Dr. Berend L i n d n e r , Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitali- sierung
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- cherschutz Barbara O t t e - K i n a s t (CDU)	Staatssekretär Rainer B e c k e d o r f , Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- cherschutz
Justizministerin Barbara H a v l i z a (CDU)	Staatssekretär Dr. Stefan v o n d e r B e c k , Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Björn T h ü m l e r (CDU)	
Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Olaf L i e s (SPD)	Staatssekretär Frank D o o d s , Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klima- schutz
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Birgit H o n é (SPD)	Staatssekretärin Jutta K r e m e r , Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 9.01 Uhr.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich darf Sie namens des Präsidiums herzlich begrüßen und eröffne die 67. Sitzung im 23. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 18. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 50:

Mitteilungen der Präsidentin

Ich darf die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Zur Tagesordnung. Wir beginnen die heutige Sitzung mit der Fragestunde. Anschließend kommen wir zu den Abstimmungen im Rahmen der Haushaltsberatung. Die heutige Sitzung soll gegen 13:10 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin Frau Menge mit. Bitte, Frau Menge!

Schriftführerin Susanne Menge:

Guten Morgen! Entschuldigt sind: Frau Sozialministerin Dr. Carola Reimann, von der SPD Holger Ansmann und Immacolata Glosemeyer sowie Axel Brammer, von der Fraktion der AfD Herr Henze ab 11 Uhr.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 51:

Fragestunde

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus. Ich weise wie üblich besonders darauf hin, dass einleitende Bemerkungen zu den Zusatzfragen nicht zulässig sind.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten.

Wir beginnen mit der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema

a) **Konsequenzen aus PISA-Studie - Was tut die Landesregierung, um die Bildungsqualität deutlich zu steigern und Bildungsgerechtigkeit herzustellen?** - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5335](#)

Die Anfrage wird von der Abgeordneten Hamburg vorgetragen. Bitte, Frau Kollegin! - Alle anderen darf ich um Aufmerksamkeit bitten.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verlese unsere Anfrage:

Konsequenzen aus PISA-Studie - Was tut die Landesregierung, um die Bildungsqualität deutlich zu steigern und Bildungsgerechtigkeit herzustellen?

Anfang Dezember wurden die Ergebnisse der neuen PISA-Studie 2018 veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen, dass der Bildungserfolg nach wie vor von der sozialen Herkunft abhängt, insbesondere in den Lesekompetenzen. Etwa 28 % der sozioökonomisch begünstigten Schülerinnen und Schüler in Deutschland erwiesen sich beim Lesekompetenztest 2018 als besonders leistungsstark. Unter den sozioökonomisch benachteiligten Schülern war dies nur für 3 % der Fall. Die Leistungen Lesen, Naturwissenschaften und Mathematik lagen unter den Ergebnissen der letzten Studie. Jedes fünfte Kind gab in der Studie an, mindestens einmal pro Monat von Mitschülerinnen oder Mitschülern drangsaliert zu werden.

Laut den Ergebnissen der Studie berichteten die Schulleitungen über größere Ausstattungs- und Personalmängel als im OECD-Durchschnitt, wobei die sozioökonomisch benachteiligten Schulen häufiger davon betroffen sind. In Deutschland sind 70 % der Schülerinnen und Schüler in benachteiligten Schulen - so laut Angaben der Schulleitungen - zumindest bis zu einem gewissen Grad von Unterrichtsbeeinträchtigungen durch Lehrkräftemangel betroffen.

1. Was plant die Landesregierung, um den Bildungserfolg vom sozioökonomischen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler zu entkoppeln und die Bildungsgerechtigkeit zu fördern? - Das bitte aufschlüsseln nach Maßnahmen und gegebenen-

falls unter Nennung des geplanten Maßnahmenbeginns.

2. Erwägt die Landesregierung - auch vor dem Hintergrund des Erfolges anderer Länder wie etwa Finnland - Maßnahmen, um Schulen zu schaffen, die Freiräume für individuelle Entwicklung und Förderung anbieten, wenn ja, welche?

3. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um dafür Sorge zu tragen, dass Schulen, die vor großen Herausforderungen in der Sozialstruktur stehen, nicht auch noch besonders unter Fachkräftemangel und schlechter Ausstattung leiden?

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung antwortet Herr Kultusminister Tonne. Bitte!

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist unstrittig wichtig, dass wir u. a. mit einer soliden Datenbasis arbeiten und auch überprüfen, wie gut unser Schulsystem ist. Hierbei geht es nicht um gefühlte Werte, es geht um Zahlen, Daten, Fakten - wie auch in der jüngst veröffentlichten internationalen Studie PISA.

Lassen Sie mich hierzu Frau Professorin Kristina Reiss vom Zentrum für Internationale Vergleichsstudien an der TU München zitieren, die den deutschen Teil der PISA-Studie leitete. Sie hat ausgeführt:

„Die gute Nachricht ist, dass der Großteil der Jugendlichen in Deutschland hohe Lesekompetenzen hat - eingeschlossen“

- das halte ich für eine wichtige Bestätigung unserer Bemühungen im Bereich der Digitalisierung -

„die Fähigkeit, relevante Informationen im Internet zu finden und zu bewerten.“

Der Blick auf andere Staaten, so Professor Reiss, zeige:

„Es ist keineswegs selbstverständlich, ein solch gutes Niveau halten zu können.“

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass die Leistungen der deutschen Schülerinnen und Schüler im Lesen trotz der stark zugenommenen Heterogenität in den Schulen stabil geblieben sind und

darüber hinaus der Anteil der leistungsstarken Leserinnen und Leser um fast 50 % gestiegen ist, sollten wir wertschätzen und den Lehrkräften und Schulleitungen für ihre hervorragende Arbeit auch danken.

(Beifall bei der SPD)

Fast drei Viertel der Schülerinnen und Schüler geben übrigens an, dass ihre Lehrkräfte offensichtlich gern unterrichten. Auch das, finde ich, ist ein schönes Ergebnis.

Gleichzeitig allerdings geben die Ergebnisse auch Anlass zur Sorge. Ein Fünftel der 15-Jährigen in Deutschland ist kaum in der Lage, den Sinn von Texten zu erfassen und zu reflektieren. Der Zusammenhang zwischen Lesekompetenz und sozialer Herkunft der Jugendlichen ist dabei stark ausgeprägt. Das ist schlicht ein nicht akzeptables Ergebnis. Da gebe ich mich auch nicht damit zufrieden, dass wir in Niedersachsen - wie der IQB-Bildungstrend deutlich gemacht hat - besser dastehen als der bundesdeutsche Schnitt. Darauf müssen wir schwerpunktmäßig unsere Anstrengungen und Bemühungen lenken.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Fragen wie folgt.

Frage 1: Chancengleichheit gehört für mich zu den wichtigsten Handlungsfeldern überhaupt. Den Zugang zu Bildung, auch zur frühkindlichen Bildung, für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft zu eröffnen, ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Landesregierung. Die Einführung der Beitragsfreiheit für über Dreijährige ist eine wichtige Maßnahme, um die Bildungsteilhabe für alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, zu erhöhen. Das setzen wir gemäß unserem Koalitionsvertrag auch konsequent um.

(Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Das gilt aber auch für das Bildungssystem in Gänze. Es geht darum, Gebühren dort, wo sie anfallen, wegzunehmen, um Teilhabe für alle zu ermöglichen. Schulgeldzahlungen dürfen einer Berufswahl im Bereich der Sozial-, Gesundheitsfach- und Pflegeberufe nicht im Wege stehen.

Ab dem 1. August 2019 haben wir jeweils aufsteigend in den ersten Klassen der sozialpädagogischen Bildungsgänge, z. B. „Fachschule Sozialpädagogik“, die Gebührenfreiheit sowie für die Ausbildungsgänge der Berufsrichtungen Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie und Podologie die

Schulgeldfreiheit eingeführt. Im kommenden Jahr geht es weiter. Da werden die Atem-, Sprech- und Stimmlehrer in die Förderung aufgenommen. Auch das ist ein Schritt im Hinblick auf mehr Bildungsgechtigkeit.

Wir sind damit auf einem guten Weg, eine umfassende Schulgeld- und Gebührenfreiheit von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Universität einzuführen.

Zum Schwerpunkt Chancengleichheit gehört für mich auch, dass wir diejenigen Schulen mit insgesamt 3 600 Lehrkräftestunden zusätzlich ausstatten, die beispielsweise einen hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund haben, die in einem besonderen sozialökonomischen Brennpunkt liegen oder die einen hohen Anteil an Kindern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf im Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ haben. Eine nahtlose Sprachförderung vom Elementarbereich bis zum Einstieg in das Berufsleben ist unabdingbar.

Seit dem Schuljahr 2018/2019 wird die Sprachentwicklung aller Kinder, die eine Kita besuchen, dort durch die sozialpädagogischen Fachkräfte beobachtet, dokumentiert und auch alltagsintegriert gefördert. Spätestens mit Beginn des Kindergartenjahres, das der Schulpflicht unmittelbar vorausgeht, ist die Sprachkompetenz des Kindes zu erfassen, ein Entwicklungsgespräch mit den Erziehungsberechtigten darüber zu führen und bei Bedarf eine individuelle und differenzierte Sprachförderung einzuleiten. Hierzu investieren wir über die besondere Finanzhilfe Sprachbildung und Sprachförderung jährlich - gesetzlich garantiert - 32,5 Millionen Euro.

Die Sprachförderung in Deutsch als Zweitsprache bleibt selbstverständlich weiterhin wichtig. Sie ermöglicht beste Chancen für Bildungserfolg und Teilhabe. Die landesweit insgesamt 37 000 Stunden für Sprachfördermaßnahmen an den allgemeinbildenden Schulen werden hierfür bedarfsgerecht auf die einzelnen Schulen verteilt.

Der sehr erfolgreiche Schulversuch SPRINT wird in die neu eingeführte zweijährige Berufseinstiegschule überführt und dahin gehend erweitert, die Sprachförderung für alle Schülerinnen und Schüler mit Unterstützungsbedarf zu ermöglichen.

Zur Unterstützung von Schulen mit besonderen sozialen Problemlagen haben wir 2018 mit 20 Schulen das Projekt „Schule [PLUS]“ gestartet. Wir

haben diesen Schulen dazu zusätzlich rund 60 Lehrerstellen u. a. zur Mehrklassenbildung und über 20 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter zur Verfügung gestellt. Die Unterstützung dieser Schulen ist jedoch nicht ausschließlich mit der Zuweisung von weiteren Ressourcen zu lösen. Es gilt vielmehr, die Schule als Ganzes dabei in den Blick zu nehmen.

Wir haben daher u. a. die Einstellung von Lehrkräften erleichtert, die dauerhafte Budgetierung von Lehrkräftestunden ermöglicht und auch zusätzliche Tage für schulinterne Lehrkräftefortbildung bereitgestellt. Außerdem können besondere pädagogische Konzepte auf Antrag der Schulen erprobt werden. Mit den Schulträgern werden intensive Unterstützungsmaßnahmen abgesprochen.

Wir schauen ferner über den niedersächsischen Tellerrand hinaus und entwickeln gemeinsam mit dem Bund, den Ländern und der Wissenschaft in der neuen Initiative „Schule macht stark“ ab 2021 neue Konzepte, um die Chancengerechtigkeit zu verbessern.

Zu den Inhalten gehört ferner, dass die Kernkompetenzen durch das gesamte Bildungssystem hindurch zu stärken sind. Hierzu soll auch die Einführung des Programms „Lesen macht stark“ beitragen, mit dem zu Beginn des nächsten Jahres mit der Auswahl der Schulen und den ersten Informationsveranstaltungen für die teilnehmenden 100 Grund- und 50 weiterführenden Schulen gestartet wird. Das Programm wird einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Lesekompetenz leisten.

In der Sekundarstufe I gehen diese Maßnahmen weiter, indem die leseschwachen Schülerinnen und Schüler verstärkte Unterstützung erhalten und ihre Lesekompetenzen fächerübergreifend gestärkt werden.

Dass wir mit dem Start des Programms einen Nerv getroffen haben, zeigen die zahlreichen Anfragen und Bewerbungen von Schulen, die eingegangen sind.

Gleichzeitig planen wir auch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf das Fach Mathematik. Wir erarbeiten zurzeit exemplarische Lernaufgaben für das Fach Mathematik, die jeweils den zu erreichenden Leistungsstand am Ende des zweiten, vierten, sechsten und achten Schuljahrgangs wiedergeben. Lehrkräfte erhalten hiermit eine zusätzliche Orientierung und praktische Un-

terstützung bei der Planung und auch bei der Auswertung ihres Unterrichts.

Zu Frage 2: Eine individuelle Förderung für jede Schülerin und jeden Schüler ist das erklärte Ziel aller unserer Schulen. Diese Zielsetzung ist im Niedersächsischen Schulgesetz in § 54 verankert und spiegelt sich auch in allen Grundsatzverordnungen wider.

Wir haben die inklusive Schule eingeführt. In Niedersachsen sind damit alle Schulen inklusiv. Das heißt für uns: Jede Schule soll jedem Kind gerecht werden. Jedes Kind soll seine Potenziale bestmöglich entfalten können. Jedem Kind steht auch jede Schule offen. Und wenn die Erziehungsberechtigten befinden, dass ihr Kind wegen besonderer Unterstützungsbedarfe eine Förderschule besuchen soll, steht ihnen auch dies offen. Die Grundlage für eine individuelle Förderung ist damit bei uns gegeben.

Gleichwohl ist völlig klar, dass sich die Gesellschaft verändert. Damit verändern sich natürlich auch Bildung und Bildungsinhalte. Wir haben vor diesem Hintergrund das Projekt „Bildung 2040“ gestartet. Unter Beteiligung von Akteuren aller Bildungsbereiche und unter Einbeziehung vieler Perspektiven diskutieren wir derzeit quer durch Niedersachsen über Bildungsziele, Bildungsstrukturen und Bildungsinhalte der Zukunft. Die Kernfrage ist dabei: Was und wie sollen Kinder und Jugendliche zukünftig lernen, damit sie zu selbstbestimmter Teilhabe fähig sind? Dabei geht es nicht nur um Teilhabe im Sinne von wirtschaftlichen Interessen, sondern um die selbstbestimmte Mitgestaltung einer demokratischen Gesellschaft.

Diese intensiven Debatten geben einen guten Einblick in Zukunftsvisionen, Wünsche und Ideen im Land. Sie geben aber auch einen sehr klaren Hinweis auf die große Breite der Wünsche und Vorstellungen, die dabei formuliert werden. Wir werden genau diese Debatte in den nächsten Jahren sehr intensiv fortführen und auf dieser Basis auch die notwendigen Grundlagen für die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft legen.

Zu Frage 3: Für Schulen, die vor großen Herausforderungen in der Sozialstruktur stehen - und dies sind häufig Haupt-, Real- und Oberschulen - wird ein umfassendes Sonderprogramm zur Attraktivitätssteigerung aufgelegt, das am 1. Februar 2020 starten soll. Sie kennen das unter dem Titel „Starke Sek I-Schulen“. Hierdurch sollen auch mehr Lehrkräfte für eine Arbeit an diesen Schulen motiviert werden.

Wir werden zunächst verschiedene Maßnahmen in voraussichtlich fünf Modellregionen erproben. Die Programmteilnahme ist dabei ein freiwilliges Angebot an die Schulen einer Modellregion. Zu erprobende Maßnahmen können dabei sein: die Zahlung von Personalgewinnungszuschlägen für die Besetzung an den entsprechenden Schulen, die Zusage der Umzugskostenvergütung, die Zusage von Beförderungsstellen und der Ansatz, Gymnasiallehrkräften, die sich für drei Jahre an einer solchen Sek-I-Schule verpflichten, im Gegenzug eine Stelle an einem Gymnasium in Aussicht zu stellen.

Unser Ansatz ist es, die Schulen in ihrer Arbeit zu stärken, nicht aber, ihre Leistungen und ihre Arbeit schlechtzureden. Neben Ressourcen gebührt unseren Schulen dringend Wertschätzung für ihre Arbeit. Dazu gehört auch, dass selbstverständlich unsere Haupt-, Real- und Oberschulen eine wertvolle Arbeit leisten und gute Bildungsabschlüsse für ihre Schülerinnen und Schüler vorhalten. Damit eröffnen sie u. a. Wege zu guten Ausbildungsmöglichkeiten. Ich glaube, dass der Wert dieser Arbeit auch in der gesellschaftlichen Debatte nach vorne gestellt werden muss.

Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergänzen die Arbeit der Lehrkräfte und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrags der Schule. Eine Projektgruppe in meinem Haus entwickelt zurzeit ein Konzept, das die Schulen bei der Weiterentwicklung der multiprofessionellen Zusammenarbeit und dem Aufbau von multiprofessionellen Strukturen unterstützen soll. Der neue PM-Erlass schafft mit der Gewährung von Stunden für weitere Tätigkeiten die Voraussetzungen für eine gelingende multiprofessionelle Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Berufsgruppen in der Schule.

In diesem Zusammenhang werden wir auch in den Blick nehmen, wie die Schulen zukünftig noch stärker auf Basis objektiverer und definierter Kriterien mit zusätzlichen Stunden für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgestattet werden können, um möglichst allen Schülerinnen und Schülern die erwartete Chancengleichheit zu eröffnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Tonne. - Die erste Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Frau Kollegin Hamburg. Bitte!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich frage die Landesregierung, Herr Tonne, vor dem Hintergrund, dass Sie gerade sehr darauf abgestellt haben, dass es auch darum geht, Kinder mit Migrationshintergrund besonders zu fördern und Sprachförderung zu betreiben, welche Maßnahmen Sie ergreifen wollen, um auch den herkunftssprachlichen Unterricht zu stärken und auszubauen; denn oft wird auf den Zusammenhang verwiesen, dass man fremde Sprachen besser lernt, wenn man die eigene Sprache gut beherrscht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Es antwortet Herr Minister Tonne.

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Hamburg, wir sind bestrebt, den Bedarfen nach herkunftssprachlichem Unterricht, wo sie angemeldet werden, zu entsprechen. Das ist nichts, was man landesweit und pauschal für Schulen ausrollen kann, sondern das ist je nachdem, wo Bedarfe nach herkunftssprachlichem Unterricht an Schulen bestehen, zu gewährleisten.

Dazu gehört, dass wir die entsprechenden Lehrkräfte dafür benötigen. Das ist im Einzelfall nicht immer einfach. Aber ich kann Ihnen sagen: Es gibt keine landesweite Regelung, dass wir das nicht wollen oder dass wir das erschweren wollen - ganz im Gegenteil! Der herkunftssprachliche Unterricht gehört dazu und wird nach Kräften dort ermöglicht, wo wir Bedarfe haben und Lehrkräfte dafür zusammenführen können.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die erste Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt der Kollege Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Zusammenhänge zwischen dem sozioökonomischen Hintergrund der

Schüler und dem Bildungserfolg frage ich die Landesregierung, ob sie die sozioökonomischen Verhältnisse in den Quartieren der Schulen erfasst und standardisiert auswertet.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Herr Minister Tonne!

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir zunächst noch einen Satz, um meine Antwort auf die Frage von Frau Hamburg abzurunden: Ein Erlass, wie herkunftssprachlicher Unterricht gestärkt werden kann, ist in Vorbereitung.

Herr Kollege Försterling, Ihre Frage zielt darauf ab, ob wir so etwas wie einen Sozialindex brauchen oder nicht. Das ist ja der Hintergrund der Debatten, die wir auch im Kultusausschuss miteinander führen.

Ich habe eben gerade ausgeführt, dass wir prüfen werden: Auf Basis welcher Kriterien können wir bei der multiprofessionellen Zusammenarbeit eine vernünftige, gestaffelte Zuweisung von Ressourcen vornehmen? Benötigen wir mehr Kriterien als die, die wir momentan zugrunde legen?

Sie kennen aber meine Skepsis gegenüber einem Sozialindexsystem. Denn das müsste eine Umverteilung zur Folge haben, weg von Standorten mit guten Rahmenbedingungen. Das, finde ich, wäre kein gutes Signal.

Wir werden aber insbesondere im Rahmen von Multiprofessionalität schauen: Wie können wir die verstärkte Zuweisung von Ressourcen nach objektiven Kriterien vornehmen? - Eine abschließende Antwort kann allerdings erst gegeben werden, wenn die Debatte um das Gesamtkonzept Multiprofessionalität abgeschlossen ist.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die zweite und damit letzte Zusatzfrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Frau Abgeordnete Hamburg. Bitte!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage vor dem Hintergrund, dass Herr Tonne ausgeführt hat, dass er 60 Stellen extra für „Schule [PLUS]“ zur Verfügung gestellt hat, um diese den Schulen zuzuweisen, wie die Unterrichtsversor-

gung an diesen Schulen zum Zeitpunkt der Planungen war und wie die Stellen, die Sie zugewiesen haben, diese Unterrichtsversorgung entwickelt haben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Herr Minister Tonne.

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Hamburg, die prozentualen Werte schreiben wir gerne auf. Die liegen mir nicht vor.

Die Stellen, die wir diesen Schulen zugewiesen haben, sind über die Berechnung der Unterrichtsversorgung hinaus zugewiesen worden. Sie dienen also nicht zur Füllung von Lücken, sondern sind an die Schulen gegangen, damit sie die Qualität des Unterrichts vor Ort verstärken können.

Die genauen Zahlen - zum Ausgangspunkt und dazu, wo man jetzt ist - liefern wir gerne nach.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die zweite und damit letzte Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt der Abgeordnete Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Minister in seiner Antwort auf die Anfrage auf das Programm „Starke Sek I-Schulen“ abgestellt hat, das ja zum 1. August verkündet worden ist, und die Modellregionen immer noch nicht festgelegt sind, frage ich die Landesregierung, ob die Ergebnisse der PISA-Studie dazu geführt haben, dass die Auswahlkriterien für die fünf Modellregionen um Kriterien zum sozioökonomischen Hintergrund erweitert wurden, oder warum das Programm eigentlich immer noch nicht so weit ist, dass die Modellregionen genannt werden können.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet Ihnen Herr Minister Tonne. Bitte!

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat die Modellregionen noch nicht festgelegt. Aber die Ergebnisse der PISA-Studie haben darauf keinen Einfluss, zumal sie keine länderspezifischen Daten enthalten. Wir haben das Programm am 1. August verkündet und sind in die Entwicklung gegangen. Die Umsetzung findet zum 1. Februar 2020 statt. Dazu gehört auch die Festlegung der Modellregionen nach Abschluss der Willensbildung der Landesregierung.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt nun der Abgeordnete Rykena von der AfD-Fraktion.

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Vor dem Hintergrund, dass Herr Minister Tonne gerade eben davon sprach, dass er auf einer soliden Datenbasis agieren wolle, frage ich die Landesregierung: Welchen Anteil hat der massive Unterrichtsausfall am schlechten Abschneiden bei der PISA-Studie? Liegen der Landesregierung dazu Daten vor?

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte, Herr Minister Tonne.

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe eingangs dargelegt, dass es kein schlechtes Abschneiden gibt. Wenn es kein schlechtes Abschneiden gibt, kann auch der Unterrichtsausfall keinen Einfluss darauf haben. Im Übrigen haben wir die Debatte über den Unterrichtsausfall und unsere Bemühungen, Unterricht stattfinden zu lassen, vor zwei Tagen sehr ausführlich geführt.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Die zweite und damit letzte Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt ebenfalls der Abgeordnete Rykena.

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich frage die Landesregierung: Mit welchen konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung, dem bei PISA nachgewiesenen Abfall der Leistungen im Bereich der naturwissenschaftlichen Fächer zu begegnen?

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Bitte!

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch diese Frage setzte eine nicht korrekte Annahme voraus, nämlich dass es einen Leistungsabfall in den Naturwissenschaften gegeben habe. Der ist durch die PISA-Studie nicht belegt worden. Vielmehr ist das Ergebnis stabil.

Zu der Frage, wie wir die Kernkompetenzen - Lesen, Schreiben, Rechnen; ich will es einmal darauf verkürzen - stärken, verweise ich auf meine Antwort eben gerade, in der ich ausgeführt habe, was wir für den Bereich Lesen genauso wie für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich vorhaben.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Tonne.

Weitere Wortmeldungen zu Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich eröffne die Aussprache.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Hamburg, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Minister Tonne hat die Redezeit um eine Minute überschritten, sodass Sie diese zusätzlich erhalten. Fünf Minuten, bitte!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Tonne, Sie haben ja prinzipiell nichts Falsches gesagt. Das ist das, was schon unter Rot-Grün gemacht wurde. Das ist das, was die Große Koalition jetzt fortsetzt. Aber die PISA-Studie zeigt uns doch, dass wir Antwort finden und weitergehen müssen, weil die bisherigen Bemühungen hier nicht reichen.

Und was fällt Ihnen dazu ein? - Ihnen fallen dazu Modellprojekte ein. Brennpunktschulen? - Modellprojekte! Schlechte Unterrichtsversorgung an Sek-I-Schulen? - Modellprojekte! Ich sage Ihnen deutlich: Sie sind auf einem Holzweg. Was die Schulen brauchen, sind strukturelle Veränderungen.

Ihre Absage an einen Sozialindex ist ein gravierender Fehler. Denn wir erleben doch - das macht die PISA-Studie erneut deutlich -, dass es gerade die mit den größten Herausforderungen sind, die auch noch die schlechteste Unterrichtsversorgung

und den größten Anteil an Quereinsteigern haben. Das können wir uns in Niedersachsen nicht leisten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier müssen wir endlich steuern.

Was zeigt uns die PISA-Studie noch? - Die PISA-Studie zeigt uns, dass es Zeit wird, landespolitische Scheuklappen abzulegen. Denn im Bereich der PISA-Erhebungen sehr erfolgreich sind doch gerade die Länder, die langes gemeinsames Lernen ermöglichen.

Das sehen wir auch in Begleitstudien zur Inklusion immer wieder: Gerade die schwächeren Schülerinnen und Schüler, die Schülerinnen und Schüler, die für Herausforderungen sorgen, erreichen einen besseren Bildungsabschluss und mehr Bildungserfolg, wenn sie sich an starken Schülerinnen und Schülern orientieren können.

Das heißt, ein richtiger Schritt zur Bildungsgerechtigkeit sind durchmischte Klassen, ist langes gemeinsames Lernen. Auf diesen Weg müssen wir uns in Niedersachsen alle gemeinsam machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und am Ende wünsche ich mir auch einfach mehr Mut. Sie haben von „Bildung 2040“ geredet. Ich habe mich sehr über dieses Programm gefreut, Herr Tonne. Aber auch dort reden Sie vor allem über Klein-Klein und eben nicht über die großen Linien, darüber, wie Schule in Niedersachsen künftig aussehen soll. Das ist äußerst schade.

Denn Länder wie Finnland machen uns doch eines vor: Wenn Schulen Freiräume kriegen, dann können sie individuelles Lernen ermöglichen und jedem einzelnen Kind gerecht werden. Also brauchen wir das nicht nur in Modellschulen, bei „Schule [PLUS]“. Vielmehr brauchen wir strukturelle Freiräume für die Schulen. Denn die Pädagogen wissen am besten, was ihre Schulen und ihre Schülerinnen und Schüler brauchen. Sie können deswegen dort viel mehr erreichen.

Finnland geht sogar noch weiter. Dort hat man ein Unterrichten nach Fächern komplett überwunden. Ich würde mir wünschen, wenn auch wir in Niedersachsen einmal darüber reden würden, wie fächerübergreifendes Lernen aussehen kann, wie projektorientiertes Lernen aussehen kann und wie eine Vorbereitung auf die Zukunft aussehen kann, von der wir heute noch gar nicht wissen, wie sie in 20 bis 40 Jahren aussehen wird.

Wenn wir unsere Schülerinnen und Schüler dafür fit machen wollen, dann tun wir das nicht mit zwei Stunden Physik und fünf Stunden Mathe in der 9. Klasse. Nein, dann tun wir das, indem sie lernen, lernen und lernen, sich auf die Zukunft vorzubereiten, flexibel zu bleiben, um sich zu öffnen und sich Wissen anzueignen. Das sind die großen Antworten. Diese Antworten können wir mit dem Bildungssystem, wie wir es derzeit haben, leider nicht finden. Ich würde mir mutige Qualitätsdebatten in diesem Landtag wünschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Das Wort zur Aussprache erhält nun Herr Kollege Försterling, FDP-Fraktion. Bitte!

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antworten der Landesregierung haben deutlich gemacht: Das, was bisher geschieht, reicht bei Weitem nicht aus. Es hilft den Schulen im „Schule [PLUS]“-Programm eben nicht weiter, dass sie theoretisch zusätzliche Ressourcen haben, diese Stellen dann aber nicht besetzt werden. Hier muss man den Mut haben, konkret umzuverteilen, weil ein statistischer Anspruch auf Unterricht den Kindern aus schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen nicht weiterhilft.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Ebenso verwundert es, dass das Programm „Starke Sek I-Schulen“ nach fünf Monaten immer noch nicht so weit ist, dass man zumindest die Modellregionen bzw. die Auswahlkriterien benennen könnte. Ich stelle mir schon die Frage, wie das Ganze zum 1. Februar vernünftig an den Start gehen und Wirkung entfalten soll.

Die Herausforderung für Bildungspolitik ist eben nicht nur, darüber zu diskutieren, wie viel Prozent eines Jahrgangs Abitur machen. Die Herausforderung ist vielmehr die Antwort auf die Frage: Wie geben wir allen Kindern in Niedersachsen die Chance auf besten Bildungserfolg?

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Richtig!)

Es sind ganz einfache Maßnahmen, die man ergreifen könnte, um schon hier den Einfluss der sozioökonomischen Hintergründe zu minimieren.

Das betrifft beispielsweise - das steht auch im Koalitionsvertrag, liebe CDU - die Methode „Lesen durch Schreiben“, „Schreiben nach Gehör“. Es ist ein entscheidender Unterschied, ob die Eltern nachmittags das an korrekter Rechtschreibung nacharbeiten, was in der Grundschule nicht gelernt wird und dort durchgeht, oder ob sie es nicht machen.

Das gilt auch im Fall von Unterrichtsausfall. Der Unterrichtsausfall führt genau dazu, dass sich diese Verhältnisse aus den Elternhäusern noch stärker bei den jungen Menschen potenzieren. Es ist nämlich eine Frage, ob sich die Eltern Nachhilfe leisten können oder ob die Eltern den Unterricht, der in der Schule ausfällt, nacharbeiten können.

Genauso stellen wir fest, dass auch die Lesekompetenz einen sozioökonomischen Hintergrund hat. Deswegen haben wir Sie eingeladen, eine Lesekampagne zu starten. So banal das vielleicht klingt, 1 000 Euro für jede Schulbücherei in den Grundschulen zur Verfügung zu stellen: Wenn Sie sich einmal mit offenen Augen anschauen, wie die Schulbüchereien in den Grundschulen ausgestattet sind, dann stellen Sie fest, dass der sozioökonomische Hintergrund des Quartiers eine Rolle spielt. Es spielt eine Rolle, ob ich Elternvereine habe, die viel investieren, die viele Spenden sammeln und viele Schulbücher kaufen, oder ob ich diesen Hintergrund nicht habe und sich die Kinder keine Bücher ausleihen können.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Eigentlich müssten wir ehrlich sein und sagen: Es ist immer noch ein Armutszugnis, dass Kinder in unseren Schulen sitzen, die deswegen nicht dem Unterricht folgen können, weil sie Hunger haben. Ich finde, es muss eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern geben, damit kein Kind mehr hungrig in der Schule ist. Es hat einen Einfluss auf den Bildungserfolg, ob ein Kind hungrig in der Schule sitzt oder nicht. Jedes Kind sollte zumindest ein kostenfreies Mittagessen in der Schule bekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Der nächste Schritt ist - da müssen Sie Ihren Koalitionsvertrag mal erfüllen - die kostenfreie Schülerbeförderung im Sekundarbereich II. Es ist für Eltern immer noch schwierig, sich diese Monatsfahr-

karten zu leisten, und das hält Kinder ganz konkret davon ab, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen.

Ähnlich verhält es sich bei der Schulsozialarbeit. Auch hier mahnen wir einen dringenden Ausbau an. Es ist nicht nur eine Frage des Hungers, ob Kinder dem Unterricht folgen können, sondern auch, mit welchen Rucksäcken aus ihrem sozialen Umfeld sie in die Schule kommen. Genau hier muss Schulsozialarbeit anpacken, um die Kinder von diesen Rucksäcken etwas zu entlasten, damit sie sich mehr auf den Unterricht konzentrieren können.

(Beifall bei der FDP)

Am Ende geht es nicht darum, darüber zu reden, wie man die beste Mangelverwaltung an Niedersachsens Schule macht, sondern darum, wie man allen Kindern die Chance auf die beste Bildung gibt.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Richtig!)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Försterling. - Ebenfalls zur Aussprache erhält das Wort für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Rykena.

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Grünen verweisen in ihrer Anfrage zur Bildungsqualität und zur Bildungsgerechtigkeit auf den Zusammenhang von sozioökonomischer Herkunft und Schulerfolg. Dies wird als Fakt gesetzt. Aber ist das auch so? Korrelation ist nicht das Gleiche wie Kausalität.

Man kann statistisch nachweisen, dass in Niedersachsen sowohl die Anzahl der Störche als auch die Anzahl der Neugeborenen von 1970 bis 1985 sanken. Danach blieben beide Werte konstant. Trotzdem wissen wir alle, dass es keinen ursächlichen Zusammenhang dazwischen gibt. Was ich damit sagen will: Es ist möglich, dass diese Vermutung der Grünen richtig ist, es ist aber trotzdem nur eine Korrelation.

Die in der Anfrage der Grünen angesprochenen sozialen Brennpunkte mit schlechteren sozioökonomischen Bedingungen zeichnen sich alle durch einen überproportionalen Anteil an Migrantenkindern aus. Dazu findet man in der neuen PISA-Studie interessante Details.

Von 2009 bis 2018 hat sich der Anteil von Schülern nicht deutscher Herkunft an deutschen Schulen um gut 25 % erhöht. Schüler ohne Migrationshintergrund erreichen in der Lesekompetenz 524 Punkte, Schüler der zweiten Migrantengeneration erreichen 477 Punkte, Schüler der ersten Migrantengeneration erreichen 405 Punkte - ein Abstand von 120 Punkten. Aus diesen Zahlen wird dann die These abgeleitet, das deutsche Schulsystem benachteiligt Migrantenkinder systematisch.

In dem Zusammenhang wird dann gerne auf Kanada verwiesen. Dem kanadischen Schulsystem soll die Förderung von Migrantenkindern viel besser gelingen als dem deutschen. Mit Fakten könne man das belegen. Die Zahlen sprächen eine deutliche Sprache. Wirklich? - Nein, nicht wirklich.

In Kanada schneiden die Kinder von Zuwanderern sogar besser ab als die einheimischen. Der Grund für die besseren Leistungen der Migrantenkinder ist also gar nicht das Schulsystem, sondern das Einwanderungssystem. Kanada ließ bis vor Kurzem überwiegend nur hoch qualifizierte Einwanderer ins Land - anders als Deutschland.

(Ulrich Watermann [SPD]: So eine Schleife!)

Die Kinder dieser hoch qualifizierten Einwanderer zeigen dann auch in den Schulen gute Leistungen. Was für ein Wunder!

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Reden Sie doch einmal zum Thema!)

Natürlich hat der Rückgang der Leistungsfähigkeit an niedersächsischen Schulen auch etwas mit der Massenzuwanderung in die Sozialsysteme zu tun.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege, ich bitte Sie, Ihre Sprache in diesem Hohen Hause zu mäßigen.

(Ulrich Watermann [SPD]: Das kann er doch gar nicht!)

Harm Rykena (AfD):

Was habe ich denn hier gesagt?

(Ulrich Watermann [SPD]: Sie hören Ihre eigenen Worte nicht!)

- Ja, das kann ich nicht, weil Sie hier immer dazwischenrufen. Aber gut.

Es hilft nichts, die Augen vor dieser Wirklichkeit zu verschließen; sie holt einen nämlich von ganz allein ein. Und genau das erleben Sie, liebe Kollegen Bildungspolitiker, derzeit jeden Tag: Sie investieren, sie reformieren, sie fördern, sie führen zusätzliche Unterstützungssysteme ein, sie versuchen, multiprofessionelle Teams aufzustellen, und, und, und. Und am Ende - das haben diese Studien wieder festgestellt - ernten Sie trotzdem einen Misserfolg nach dem anderen.

Das schlechte Abschneiden bei PISA liegt eben nicht daran, dass bestimmte sozioökonomische Schichten in der niedersächsischen Bildungspolitik systematisch benachteiligt würden. Das hat andere Ursachen. An diesen zu arbeiten, ist sicherlich die Aufgabe der Zeit; da bin ich ganz bei Ihnen. Wir müssen aber so ehrlich sein, das Problem auch beim Namen zu nennen.

Ich komme zum Ende.

„Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus den Ergebnissen von PISA?“, fragten die Grünen in ihrer Anfrage. Das fragen wir uns auch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es hat nun das Wort zur Aussprache für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Weritz. Bitte!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Lasse Weritz (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vorab vielleicht zwei Dinge zu meinen Vorrednern sagen.

Das Erste ist zum Kollegen Försterling: Herr Försterling, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Hinweis auf den Sozialindex. Sie sprachen nämlich eben von einer Umverteilung. Aber wenn man etwas umverteilen möchte, Herr Försterling, dann muss man Schulen etwas wegnehmen. Ich glaube, das ist der falsche Weg, um die Probleme in unserem Land in der Schulpolitik zu lösen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD
- Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Aber 90 % bei den Hauptschulen ist eine Lösung?)

Zu Ihnen, Herr Rykena: Ich würde mir manchmal wünschen, dass Sie sich die Frage: „Was habe ich denn gerade gesagt?“ öfter stellen und sie selbst auch ernsthaft beantworten würden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das, was Sie gerade zum Migrationshintergrund von Schülerinnen und Schülern gesagt haben, ist ja grundsätzlich erst einmal ein richtiger Fakt, den auch wir festgestellt haben. Aber Ihre Lösungsansätze dafür sind die falschen. Denn anstatt die Kinder zu fördern und ihnen bessere Chancen bereitzustellen, sagen Sie einfach: Wir streichen jegliche Förderung. Wir brauchen uns darüber gar nicht zu unterhalten. Was mit den Kindern passiert, ist uns eigentlich vollkommen egal. - Auch das ist nicht der richtige Weg für Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD
sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der richtige Weg für die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen ist der, den unser Kultusminister gemeinsam mit den Regierungsfractionen geht. Wir haben in den vergangenen Jahren viele Initiativen, sowohl parlamentarisch als auch vom Minister selbst, auf den Weg gebracht. Ich möchte hier nur nennen: „Lesen macht stark“, „Schule [PLUS]“, „Starke Sek I-Schulen“ und der gemeinsame Mobbingantrag, den wir als demokratische Parteien in diesem Haus auf den Weg bringen. Wir haben uns des Themas der Digitalisierung erstmals ernsthaft angenommen und werden auch diese Zukunftsfragen für unsere Schülerinnen und Schüler klären. Natürlich sind auch die Qualitätsoffensive mit den Gute-Kita-Mitteln, die Beitragsfreiheit und die Sprachförderung im Kindergarten ein elementarer Bestandteil, damit die Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler besser wird.

Meine Damen und Herren, worauf kommt es an? - Am Ende kommt es darauf an, dass wir unsere Lehrkräfte in die Lage versetzen, guten Unterricht zu gestalten. Und wer kann guten Unterricht gestalten? Das lernt man im Pädagogikstudium im ersten Semester. Ich kann nur den Tipp geben: „Zehn Merkmale guten Unterrichts“ von Hilbert Meyer. Man bekommt dies vor allem durch gut motivierte und fachlich gut ausgebildete Lehrkräfte in Niedersachsen hin.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe heute Morgen beim Frühstück die HAZ aufgeschlagen. Herr Na-

cke hat ja gesagt, wir lesen zu wenig Zeitung. Ich habe mir ein Beispiel daran genommen und habe sie sogar mitgebracht.

(Zuruf)

- Nein, zu wenig Zeitung auf Papier.

Herr Minister, ich möchte Ihnen sagen: Auch das, was Sie heute Morgen angekündigt haben - auch dafür bin ich Ihnen dankbar -, ist der richtige Weg, nämlich Lehrkräfte zu entlasten, damit sie wieder motiviert und fachlich versiert arbeiten können. Das ist am Ende das, was für unsere Kinder zählt. Das nämlich macht einen guten Unterricht aus. Wer guten Unterricht erhält, kann auch gut lernen. Dafür bin ich sehr dankbar. Bei diesem Weg werden wir Sie unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Weritz. - Es gibt auf Ihren Redebeitrag eine Kurzintervention. Bitte, Herr Abgeordneter Rykena!

Harm Rykena (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Weritz hat mir eben vorgeworfen, ich hätte in meiner Rede gesagt, man solle Kinder, die Probleme hätten, einfach sich selbst überlassen. Genau das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt: Man muss das Problem beim Namen nennen. - Ich habe ebenfalls in meiner Rede ausdrücklich gesagt, dass wir an diesem Problem arbeiten müssen.

Ich möchte, dass Sie das beim nächsten Mal berücksichtigen und dass Sie bei dem besser zuhören, was ich hier erzähle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet Ihnen Herr Kollege Weritz. Bitte!

Lasse Weritz (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Rykena, manchmal würde ich mir wünschen, dass bei Ihnen Handeln und Reden dieselben Konsequenzen verursachen würden.

(Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Denn anders kann ich mir Ihren Haushaltsantrag nicht erklären. Darin haben Sie alles an Förderung herausgestrichen. Sie reden hier das eine. Aber in den Anträgen, die Sie hier präsentieren, kommt das andere heraus. So funktioniert es einfach nicht!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD sowie Zustimmung von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Wir machen jetzt in der Aussprache weiter. Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Raulfs. Bitte!

Philipp Raulfs (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Julia Hamburg, wir sind Ihnen sehr dankbar für die Frage in der heutigen Fragestunde, was die Landesregierung für mehr Bildungsqualität tut. Das kann man aus meiner Sicht sehr einfach und nach den Ausführungen des Kultusministers und der Vorrednerinnen sehr leicht zusammenfassen: Wir tun eine ganze Menge für mehr Bildungsqualität im Land Niedersachsen.

Diese Fragestunde hätte man sich sparen können, wenn man einmal ganz kurz in unseren Haushaltsplan und in die Anträge der Regierungsfractionen geschaut hätte, was das für dieses Jahr und die kommenden Jahre angeht. Hier sind, wie in den letzten Jahren, viele Projekte und Vorhaben eingepplant, um Antworten auf die heute gestellten Fragen zu geben. Mit diesem Haushalt und unseren Vorhaben sorgen wir für mehr Bildungsqualität im Land Niedersachsen, übrigens unabhängig von der PISA-Studie, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Aber ich will auch sehr gerne etwas zur aktuellen PISA-Studie und zu den nachgefragten Konsequenzen sagen.

Die internationale PISA-Rangliste zeigt: Wir sind in der Gesamtbetrachtung über dem Durchschnitt, und zwar in allen drei Bereichen: Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Das ist eigentlich positiv, und wir könnten uns damit zufriedengeben. Aber das, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir natürlich nicht. Diese Koalition aus SPD und CDU ist nämlich nicht angetreten, um durchschnitt-

lich zu sein. Mittelmaß ist nicht unser Anspruch. Deswegen werden wir weiterhin alles für noch mehr Bildungsqualität im Land Niedersachsen tun.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU)

Die PISA-Studie zeigt, dass wir an vielen Stellen auf dem richtigen Weg sind und auf keinen Fall nachlassen dürfen. Es wird sehr deutlich - auch das ist heute schon mehrfach angeklungen -, dass der Bildungserfolg noch immer von der sozialen Herkunft und vom Geldbeutel abhängt. Daher muss unsere oberste Priorität sein und auch bleiben, dass wir alles in unserer Kraft Stehende für noch mehr Bildungsgerechtigkeit tun.

Wenn also nach Konsequenzen gefragt wird, kann ich nur sagen: Beitragsfreiheit, Schulgeldfreiheit, Unterstützung von finanzschwachen Familien, Teilhabe für alle, z. B. im Bereich der Digitalisierung. Viele andere Schritte in der Vergangenheit und auch in der Zukunft sind Tätigkeiten, die für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen. Dafür brauchen wir im Übrigen keine PISA-Studie. Das ist unser politischer Anspruch. Dem kommen wir weiterhin sehr gerne nach, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir finden, Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Diese Studie zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, sich dafür weiterhin einzusetzen.

Wir machen nicht nur wegen oder nicht nur für die PISA-Studie gute Bildungspolitik. Natürlich ist diese Studie immer eine Standortbestimmung, und wir werden uns erst zufriedengeben, wenn wir Spitzenplätze erreicht haben.

In dieser Anfrage wurde nach Konsequenzen gefragt. Das ist auch umfassend beantwortet worden. Es wurden Maßnahmen aufgezeigt, die immer etwas mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln zu tun haben. Die sind bekanntermaßen endlich. Das macht es nicht gerade leichter.

Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich glaube, dass auch in Finnland - die Modellprojekte werden ja viel kritisiert - irgendwann einmal Modellprojekte durchgeführt wurden, um erfolgreiche Bildungspolitik zu machen. Ich verstehe also nicht, warum das im Land Niedersachsen so schrecklich sein soll, wenn das in Finnland genauso gehandhabt wird, meine Damen und Herren.

In der gesamten Bildungsdebatte gibt es vor dem Hintergrund der jüngsten PISA-Studie zwei Dinge, die wir alle - jeder und jede von uns hier im Raum - tun können.

Bei so vielen Maßnahmen und Vorhaben müssen wir aus meiner Sicht den Schulen und den Lehrkräften vertrauen und ihnen ein bisschen Zeit geben, Dinge auch umsetzen zu können. Es kann doch nicht sein, dass bei Dingen, die gerade auf den Weg gebracht werden, gleich zwei Wochen später kritisiert wird, dass es noch keine Erfolge gibt. Dafür, Kolleginnen und Kollegen, braucht es etwas Zeit und etwas Geduld.

Zum Abschluss - Herr Rykena hat ja gesagt, wir sollen die Probleme beim Namen nennen - möchte ich ganz besonders an die Adresse der AfD und Herrn Rykena etwas zum Thema Vertrauen sagen.

Wenn Sie auch nur einen Funken Interesse daran haben, erfolgreiche Bildungspolitik im Land zu machen, vertrauen Sie den Lehrkräften im Land Niedersachsen, und schalten Sie Ihr unsägliches Meldeportal ab!

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ja-wohl!)

Das wäre zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN - Anja Piel [GRÜNE]: Das ist eine unsinnige Beschäftigung! Ehrlich!)

Vielen Dank. Schöne Weihnachten!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege! - Nochmals das Wort zur Aussprache hat Frau Kollegin Hamburg, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben noch zwei Minuten Restredezeit.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich eigentlich wegen der Ausführungen von Herrn Weritz noch einmal zu Wort gemeldet. Er hat Herrn Försterling vorgeworfen, der große Umverteiler zu sein. Was Sie vollkommen ignorieren, ist, dass wir derzeit Schulen haben, die eine Unterrichtsversorgung von 90 % und schlechter haben, aber die komplizierteste und am meisten heterogen zusammengesetzte Schülerschaft, die

wir haben. So können diese Schulen schlichtweg nicht arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir schon einen Mangel haben, müssen wir auch darüber reden, wie wir ihn gemeinsam beheben können. Das geht eben nur, indem man an dieser Stelle über soziale Indikatoren steuert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Da müssen wir uns auf den Weg machen. Man kann das ja einmal erzählen. Alle „Schule [PLUS]“-Stellen, von denen Herr Tonne gesprochen hat, haben eine gottenschlechte Unterrichtsversorgung. Die zwei bis drei Stellen, die sie kriegen, wenn man sie überhaupt besetzen kann, reichen noch nicht einmal, um an den 100 % zu kratzen, während andere Schulen in Niedersachsen weiterhin 100 % haben. Das kann es doch nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vor diesem Hintergrund werden wir auch nicht müde, von Ihnen strukturelle Maßnahmen und konsequentes Handeln einzufordern, um Bildungsgerechtigkeit auf den Weg zu bringen. Ich sage Ihnen deutlich: Ihre Modellprojekte - sei es „Schule [PLUS]“, oder sei es „Starke Sek I-Schulen“ -

(Zuruf von der SPD: Werden erfolgreich sein!)

werden diese Probleme nicht lösen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Nun hat noch einmal Herr Kollege Weritz das Wort. Sie haben noch eine Restredezeit von zwei Minuten.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Was ist das denn? Das ist gleich viel!)

Lasse Weritz (CDU):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - So lange will ich es gar nicht machen.

Liebe Frau Hamburg, sehen Sie es mir nach, wenn ich es Ihnen so sage: Es erschließt sich mir schlichtweg nicht, was Ihr Sozialindikatorensystem

am Ende für eine Verbesserung bei genau den Schulen, die Sie eben ansprechen, verursachen soll.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ich rechne Ihnen das vor!)

Was etwas hilft, sind mehr Lehrkräfte, mehr Sozialpädagogen und mehr Unterstützung für die Schulen. Und genau auf den Weg begeben wir uns gemeinsam. Das ist auch richtig so.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD
- Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Die haben Sie doch nicht!)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir die Behandlung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließen können.

Wir kommen nun zu

b) Drohen Schülern aus Niedersachsen Schulausschlüsse aufgrund der Impfpflicht? - Anfrage der Fraktion der AfD - [Drs. 18/5336](#)

Die Anfrage wird von dem Abgeordneten Bothe vorgetragen. Bitte!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Nach einem Bericht des NDR vom 5. Dezember mussten nach vier Masernerkrankungen an einer Oberschule in Söhlde - laut Landkreis Hildesheim - zunächst 28 Jugendliche zu Hause bleiben und durften die Schule nicht betreten, da sie keinen ausreichenden Impfschutz nachweisen konnten.

Laut NDR vom 9. Dezember 2019 hat sich die Zahl der Schüler, die aufgrund eines fehlenden Impfschutzes gegen Masern die Schule bis zum 20. Dezember nicht betreten dürfen, auf mindestens drei reduziert. Bei sechs weiteren Schülern müsse das Vorgehen geprüft werden.

Die Überprüfung der Impfpässe war nötig geworden, nachdem eine an Masern erkrankte Person einen Adventsbasar der Schule besucht hatte.

Nach Angaben des Landkreises darf, wer keinen ausreichenden Impfschutz hat, weder öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kitas noch Veranstaltungen besuchen.

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Wie vielen niedersächsischen Schülerinnen oder Schülern und/oder Kindern, die eine Kita bzw. eine Schule besuchen, droht derzeit aufgrund eines nicht ausreichenden Impfschutzes ein Schul- bzw. Kita-Ausschluss?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um derlei Situationen entgegenzuwirken bzw. zu verhindern?
3. Wie steht die Landesregierung zur Notwendigkeit der Impfpflicht für Schul- und Kindergartenkinder?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Bothe. - Es antwortet für die Landesregierung Herr Kultusminister Tonne. Bitte!

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Masern gehören zu den ansteckendsten Infektionskrankheiten. Masern bringen häufig Komplikationen und Folgeerkrankungen mit sich, die im schlimmsten Fall zu einer tödlich verlaufenden Gehirnentzündung führen können. Eine Maserninfektion ist damit anders als gelegentlich angenommen keine harmlose Kinderkrankheit. Den besten Schutz vor Masern bieten Impfungen. Nur sie sorgen für eine lebenslange Immunität.

Meine Damen und Herren, nicht geimpft zu sein, bedeutet nicht nur eine erhebliche Gefahr für das eigene körperliche Wohlergehen; diese Personen können im Falle einer Erkrankung auch andere Personen anstecken, die aufgrund ihres Alters, besonderer gesundheitlicher Einschränkungen oder aus anderen Gründen nicht geimpft werden können. Deshalb muss eine Impfung möglichst früh und dort ansetzen, wo Menschen täglich im engen Kontakt miteinander sind. Das sind typischerweise Kindertagesstätten ebenso wie Schulen.

Nach derzeitiger Rechtslage gibt es in Deutschland keine Impfpflicht gegen Masernerkrankung, auch nicht bei dem Besuch von Kitas oder Schulen, und zwar weder für die Kita-Kinder, die Schülerinnen und Schüler noch für das Kita-Personal, die Lehrkräfte oder sonstige Einrichtungsbedienstete.

Nach dem Infektionsschutzgesetz des Bundes treffen die örtlichen Gesundheitsämter im Falle der Feststellung von Krankheit, Krankheitsansteckungsverdächtigen sowie früheren Erkrankten, die nach Abklingen der Krankheit noch Ansteckungsquelle sein können, die notwendigen Schutzmaßnahmen, soweit und solange es zur Verhinderung und Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Als notwendige Schutzmaßnahme kann ein Schulbetretungs- oder Kita-Betretungsverbot eine geeignete Maßnahme nach dem Infektionsschutzgesetz darstellen, um ein weiteres Verbreiten der Masernkrankheit zu verhindern.

Um als sogenannter Ansteckungsverdächtiger zu gelten, genügt es, wenn die Annahme, dass der Betroffene Krankheitserreger aufgenommen habe, wahrscheinlicher ist als das Gegenteil. Das ist aktuelle Rechtslage. Das ist unverändert. Es ist der reagierende Teil auf Vorfälle.

Meine Damen und Herren, der Deutsche Bundestag hat am 14. November 2019 mit breiter Mehrheit das Masernschutzgesetz verabschiedet. Das Gesetz soll zum 1. März 2020 in Kraft treten. Das Gesetz stellt nun nicht mehr auf einen Ansteckungsverdacht oder eine bereits ausgebrochene Masernerkrankung ab, sondern bereits im Vorfeld auf die Sicherstellung des gebotenen Impfschutzes.

Das Gesetz sieht zum einen im Hinblick auf schulpflichtige Kinder vor, dass vor Aufnahme in die 1. Klasse ein Nachweis vorgelegt werden muss, dass ausreichender Impfschutz oder eine Immunität gegen Masern vorliegt. Zum anderen regelt das Gesetz, dass ein entsprechender Nachweis für bereits in Schulen aufgenommene schulpflichtige Kinder bis zum 31. Juli 2021 zu erbringen ist. Schulpflichtige Kinder können aber auch nach Inkrafttreten des Gesetzes bei nicht erfolgter Impfung gegen Masern nicht vom Schulbesuch ausgeschlossen werden. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Nachweispflicht in der Schule können jedoch Bußgelder erhoben werden.

Nicht oder nicht mehr schulpflichtige Kinder sowie Kinder in Kitas, die keinen ausreichenden Impfschutz nachweisen können, dürfen die Einrichtung nicht besuchen.

Das Masernschutzgesetz bezieht ebenfalls das Kita-Personal sowie die Lehrkräfte und das sonstige schulische Personal ein, die allesamt ebenfalls ihren Impfschutz nachweisen müssen, soweit sie nach 1970 geboren sind.

**(Vizepräsident Frank Oesterhelweg
übernimmt den Vorsitz)**

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Derzeit werden Personen aus Gemeinschaftseinrichtungen ausgeschlossen, wenn es aufgrund eines Krankheitsausbruchs dort vonseiten des Gesundheitsamtes für erforderlich gehalten wird. Dies ist situationsabhängig und kann nicht pauschal beurteilt werden. Im Einzelfall muss ermittelt werden, um welche Krankheit es geht, wer gefährdet, ansteckungsverdächtig, krankheitsverdächtig oder krank ist. Auf dieser Grundlage werden dann die entsprechenden Schutzmaßnahmen erlassen. Von daher ist nach derzeitiger Rechtslage eine konkrete Zahl im Voraus nicht darstellbar, sondern immer nur reagierend nach Vorfällen.

Zu Frage 2: Mit dem Ziel, die Impfquoten weiter zu erhöhen, hat die Landesregierung ein Impfprogramm mit dem Namen „Impfen. Klar.“ aufgelegt. Bei dem Programm geht es darum, die Bereiche des Impfens zu identifizieren, in denen zukünftig Problem- oder Handlungsfelder gesehen werden und wo Aktivitäten und Maßnahmen sinnvoll sind bzw. wo auch bestehende Strukturen optimiert werden können.

Bereits angestoßen wurden verschiedene Initiativen mit der Apotheker- und Ärzteschaft sowie den Betriebsärztinnen und Betriebsärzten. Hierfür hat die Landesregierung die Kampagne „Abgelaufen?“ entwickelt. Bürgerinnen und Bürger können sich in Arztpraxen oder Apotheken zum Thema Impfschutz beraten lassen. Das Sozial- und das Kultusministerium erstellen darüber hinaus gerade ein Lernmodul „Wissen schützt“, das über 1 000 Schulen für Schülerinnen und Schülern der fünften bis zehnten Schuljahrgänge zur Verfügung gestellt wird. Die Schülerinnen und Schüler sollen wissenswerte Informationen über ansteckende Krankheiten und deren Verhütung erhalten und damit auch an das Thema Impfen herangeführt werden.

Unabhängig davon wird der Entwurf zum Masernschutzgesetz auch in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Aufmerksamkeit für Impfungen hat dadurch in den letzten Monaten zugenommen. Die Landesregierung geht davon aus, dass Eltern sich seither auch über den Impfstatus ihrer Kinder informieren und fehlende Impfungen nachholen.

Im Hinblick auf mögliche Fragen zur Umsetzung des Masernschutzgesetzes erstellt das Gesundheitsministerium des Bundes gemeinsam mit dem

Robert Koch-Institut und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ausführliche Informationsmaterialien. Erste Informationen sind bereits jetzt auf der Homepage des Bundesgesundheitsministeriums abrufbar. Gegebenenfalls wird die Landesregierung diese Hinweise durch eigene Informationen ergänzen.

Zu Frage 3: Schulen und Kindertagesstätten sollen und müssen sichere Räume sein. Daher ist es unsere Pflicht, Schülerinnen und Schüler sowie Kitakinder vor potenziell tödlichen Viren zu schützen. Masern gehören zu den ansteckendsten Infektionskrankheiten und sind noch nicht eliminiert. 2019 gab es in Deutschland über 500 Fälle. Ein Masernausbruch kann jederzeit geschehen, wie die aktuellen Ereignisse belegen. Zum Schutz der Kinder in frühkindlichen Einrichtungen und zum Schutz der Schülerinnen und Schüler werden wir dem Masernschutzgesetz daher am Freitag im Bundesrat zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Die erste Zusatzfrage für die Fraktion der AfD stellt der Kollege Bothe. Bitte sehr!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Wie steht denn die Landesregierung zur Ausweitung der Impfpflicht auf noch andere Infektionskrankheiten?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank. - Herr Minister!

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt aktuell keine weiteren Debatten innerhalb der Landesregierung in dieser Frage.

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Minister. - Auch die zweite Zusatzfrage für die AfD-Fraktion stellt der Kollege Bothe. Bitte sehr!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich frage die Landesregierung im Anschluss daran: Wie steht die

Landesregierung zu einer generellen Impfpflicht für alle Personengruppen?

(Wiard Siebels [SPD]: Das heißt dann für alle Menschen? Wer nicht bei drei auf den Bäumen ist, wird geimpft! - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Wo-rüber genau reden wir denn da?)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön. - Herr Minister, bitte sehr!

Grant Hendrik Tonne, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei allem notwendigen Respekt: Die Antwort ist genau die gleiche wie die, die ich auf die erste Frage gegeben habe.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen zu Zusatzfragen liegen mir nicht vor. Meine Damen und Herren, dann eröffne ich die Aussprache. Jede Fraktion hat vier Minuten zur Verfügung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Bothe. Bitte sehr!

(Jens Nacke [CDU]: Dann erfahren wir jetzt, wohin die Reise gehen soll!)

Stephan Bothe (AfD):

Das werden Sie jetzt erfahren.

Vielen Dank, Herr Präsident. - Impfschutz ist wichtig - auch wenn das heute in diesem Plenum noch nicht so abgebildet wurde -, auch gegen Masern. Eine Impfpflicht und damit ein aufoktrozierter Zwang wie in diesem Fall, der nur partiell und nur für bestimmte Personengruppen gilt, ist jedoch keine Lösung.

Unter die Impfpflicht fallen nämlich nicht nur Kinder und Mitarbeiter in Kitas, Schulen und Tagespflegeeinrichtungen sowie medizinisches Personal in Gemeinschaftseinrichtungen, sondern auch Asylbewerber und Flüchtlinge müssen den Impfschutz

(Zurufe: Oh! - Ulrich Watermann [SPD]: Ich wusste es doch!)

vier Wochen nach Aufnahme in eine Gemeinschaftsunterkunft aufweisen. Das ist Fakt.

Was wird das Masernschutzgesetz, das am 1. März 2020 in Kraft tritt, bewirken?

Erstens wird die Impfpflicht für Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen und Kitas gar nicht helfen, die Impflücken bei Erwachsenen zu schließen, Herr Kollege. Denn die Personengruppe, die am häufigsten an Masern erkrankt, wird immer älter. Das sind Personen, die zwischen 1970 und 2000 geboren sind.

Zweitens werden sich viele überzeugte Impfgegner weiter entziehen, z. B. mit Attesten oder Ähnlichem.

Drittens müssen auch die Impfquoten bei anderen Krankheiten im Auge behalten werden. Manch einer, der sich der Impfpflicht zwar widerwillig beugt, sich aber dadurch in seiner Freiheit beschränkt fühlt, wird sich seine Freiheit danach in dem Sinne wieder zurückholen, dass er dann auf freiwillige Impfungen verzichten wird. Dafür gibt es Hinweise im Zusammenhang mit der Einführung der Impfpflicht in anderen Ländern.

Insgesamt ist eine Impfpflicht, die nur für Masern und - wie bereits erwähnt; das haben wir auch vom Minister gehört - nur für bestimmte Einrichtungen und Personengruppen gelten soll, sehr fragwürdig.

Ich sage vorweg: Jeder Tote und jeder Infizierte ist einer zu viel. Während 2001 - in diesem Jahr wurde die Meldepflicht für Masernerkrankungen eingeführt - bis 2019 acht Todesfälle aufgrund einer Masernerkrankung gemeldet wurden, starben aufgrund von Influenza in den letzten Jahren mehr als 20 000 Menschen jedes Jahr. Allein in der Saison 2016/2017 starben 23 000 Menschen, und in der Saison 2018/2019 starben 25 000 Menschen. Das ist im Übrigen die höchste Todesfallrate in den letzten 30 Jahren. Dieser Vergleich, den man ziehen mag oder nicht, zeigt die Unverhältnismäßigkeit mit Blick auf die Einführung der Impfpflicht im März nächsten Jahres.

Eltern, die ihre Kinder in von der Impfpflicht betroffenen Einrichtungen betreuen lassen und dieser Pflicht nicht nachkommen, droht ein Ausschluss oder ein Bußgeld bis 2 500 Euro.

Was brauchen wir? Was wir brauchen, sind niedrigschwellige Angebote und aktivierende Ansprachen durch die Ärzteschaft, Einladungen relevanter Kohorten zur Impfberatung oder - wie eben schon erwähnt - Impfkampagnen in den Schulen, die ein absolut richtiger Weg sind. Aber auch die Weiterentwicklung der Impfstoffe, die immer noch viel zu große Nebenwirkungen aufweisen, ist ein

entscheidender Faktor, der am Ende zu einer höheren Inanspruchnahme der Impfungen führen wird.

Der größte Handlungsbedarf besteht eigentlich darin, eine bessere Akzeptanz durch Wissens- und Vertrauensvermittlung zu erreichen. Vor allen Dingen eine bessere Datenlage und gezielte Öffentlichkeitsarbeit dürften vom Nutzen des Impfens überzeugen und wären der richtige Weg. Aber auch die Stärkung der öffentlichen Gesundheitsdienste ist eine Priorität; denn am Ende werden die öffentlichen Gesundheitsdienste diesen Bereich abdecken und Regelimpfungen in den Einrichtungen anbieten müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Bothe. - Für die CDU-Fraktion hat sich nun die Kollegin Petra Joumaah gemeldet. Bitte sehr!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Petra Joumaah (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne: Mir kippt gerade die Stimme, weil ich die junge Dame, von denen ich Ihnen jetzt berichten möchte, sehr gut kenne. Unsere Landwirtschaftsministerin ist vor einer Stunde zum ersten Mal Großmutter geworden und hat jetzt eine kleine Lieke. Ich kann Ihnen versichern: Diese Enkeltochter wird einen ausreichenden und umfangreichen Impfschutz bekommen. Die Ministerin ist gerade nicht da; trotzdem herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, warum stehen wir hier und führen eine Diskussion über die Frage der AfD, ob Schülerinnen und Schüler bzw. kleinere Kinder aufgrund mangelnden Impfschutzes aus Schulen bzw. Kitas ausgeschlossen werden müssen?

Masernerkrankungen nehmen wieder zu, und zwar massiv. Europaweit wurden im Jahr 2018 weit über 12 000 Masernfälle registriert, in Deutschland in 2018 und bisher in 2019 - das Jahr ist ja fast um mehr als 500.

Ganz besonders grausam fand ich das, was Dr. Feil im Rahmen einer Unterrichtung im Sozialausschuss berichtet hat: In Madagaskar sind innerhalb weniger Monate über 1 000 Kinder an einer Masernepidemie gestorben. Ich denke, diese Zahl macht uns fassungslos. Allein im Januar und Februar dieses Jahres sind in der Ukraine mehr als 25 000 Menschen aufgrund eines Masernausbruchs erkrankt.

Es muss noch einmal gesagt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen: Masern sind wirklich eine sehr, sehr schwerwiegende, hochansteckende Erkrankung, die ganz erhebliche Komplikationen, die Folgeerkrankungen mit sich bringen kann, die teilweise sogar den Tod zur Folge haben.

Im Grunde können wir uns vor einer Ansteckung mit dieser Erkrankung in keiner Weise schützen. Es reicht, wenn jemand, der erkrankt ist, neben uns steht und vielleicht niest - das ist die berühmte Tröpfcheninfektion -, dann stecken wir uns an. Es gibt nur einen einzigen Schutz. Das ist die Impfung.

Deshalb muss unser oberstes Ziel darin bestehen - das ist das oberste Ziel, und das verfolgen wir auch alle -, einen sehr guten Impfschutz bei unseren Kindern, aber auch bei vielen Erwachsenen zu erreichen. Wir alle wissen, dass eine bestimmte Gruppe von Erwachsenen als Kind einmal geimpft wurde. Das galt damals als ausreichend. Später hat man dann gemerkt, dass dieser Impfschutz nicht für ein ganzes Leben ausreicht, und dann eine zweite Impfung vorgenommen. Diese Menschen müssen unbedingt nachgeimpft werden.

Deshalb müssen wir intensiv über die Vorteile von Impfungen informieren, und wir müssen, was ich ganz wichtig finde, jeden von dieser segensreichen Möglichkeit überzeugen. Ziel muss es natürlich sein - das ist das erklärte Ziel unserer Landesregierung -, dass die Menschen sich freiwillig impfen lassen. An oberster Stelle steht: Überzeugen und aufklären, damit die Menschen sich freiwillig impfen lassen.

Wir haben vom Minister gehört, dass es dafür viele Initiativen und Kampagnen gibt, die sicherlich ihre Wirkung zeigen. Aber wir hören auch von Eltern, die nicht bereit sind, ihre Kinder impfen zu lassen, und eine Erkrankung riskieren. Sie riskieren, dass die erkrankten Kinder dann andere Menschen, z. B. Säuglinge, die nicht geimpft werden können, oder sehr alte Menschen anstecken. Das können wir nicht akzeptieren.

Also noch einmal: Wir müssen eine hohe Impfquote erreichen; optimalerweise auf freiwilliger Basis. Für die sehr, sehr wenigen Menschen, die Impfungen ablehnen, müssen wir eine Impfpflicht ins Gesetz schreiben. Ich denke, hier steht das Rechtsgut „Gesundheitsschutz für alle“ über dem Recht auf Selbstbestimmung Einzelner.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin Petra Joumaah. Für die SPD-Fraktion hat sich nun die Kollegin Claudia Schüßler gemeldet. Bitte sehr!

Claudia Schüßler (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Drohen Schülern aus Niedersachsen Schulausschlüsse aufgrund der Impfpflicht? Das ist die Frage, die gestellt wurde. Ihre Frage und die damit verbundenen Unterfragen wurden durch das Ministerium und durch den Minister ausführlich beantwortet.

Ich bin froh, dass geklärt werden konnte, dass derzeit keine Schulausschlüsse aufgrund einer Impfpflicht erfolgen. Warum ist das so? Bislang existiert eine solche Pflicht gar nicht, sondern sie wird erst durch das Masernschutzgesetz für bestimmte Gruppen begründet; und das ab März 2020.

Weil eine solche Pflicht bislang nicht bestanden hat, kann es auch keine Schulausschlüsse aufgrund einer Impfpflicht geben. Ihre Frage ist insoweit falsch und führt in die Irre.

Aber es ist auch deutlich geworden, dass die Frage gestellt wurde, Herr Bothe, um Ihre Position zum Masernschutzgesetz im Bund darzustellen. Ich verstehe dabei nicht genau, was Sie eigentlich wollen. Sie reden von den Gefahren, sind aber gegen ein Masernschutzgesetz, das dazu dienen soll, die Impfungen zu forcieren, damit wir eine höhere Durchimpfungsrate erzielen.

Richtig ist, dass es zu Beginn des Jahres einen größeren Masernausbruch gegeben hat. Das ist für sich betrachtet schon schlimm genug. Aber ein solcher Masernausbruch wäre theoretisch zu verhindern, wenn es eine ausreichende Durchimpfungsrate in der Bevölkerung gäbe. Eine solche Durchimpfungsrate ist leider nicht mehr überall vorhanden, obwohl die Masern so schrecklich sind,

wie Frau Kollegin Joumaah eindrucksvoll geschildert hat.

Im Land und im Bund gibt es viele Kampagnen, mit dem Ziel, die Impfquote zu erhöhen, z. B. „Deutschland sucht den Impfpass“. Herr Minister Tonne hat auf die zahlreichen Kampagnen der Landesregierung hingewiesen. Aber in einer Gesellschaft wie der unseren ist es natürlich möglich, sich über die Nachteile des Impfens zu informieren und insoweit auch eine Entscheidung gegen das Impfen zu treffen. Die Gründe hierfür sind vielfältig und müssen von uns sehr ernst genommen werden. Eltern halten in diesen Fällen das Risiko einer Impfung für höher als den Nutzen. Ich finde, dass wir diese Haltung tatsächlich sehr ernst nehmen müssen, weil sich ja Eltern nicht leichtfertig entscheiden, sondern im Interesse ihrer Kinder handeln.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Es wird also in Zukunft darum gehen, diesen Eltern den Nutzen des Impfens näherzubringen und sie zu überzeugen, ohne dass man ihre Entscheidung an den Pranger stellt. Es muss aber auch deutlich werden, dass eine individuelle Entscheidung gegen eine Impfung negative Folgen für andere Menschen haben kann. Auch das gehört zu einer vernünftigen Abwägung.

Wir sind in Niedersachsen gut aufgestellt. Mit den bisherigen Strukturen in unserem Gesundheitssystem ist es gelungen, den Ausbruch der Masern in diesem Frühjahr einzudämmen. Ich erlebe unsere Landesbehörden, sowohl die Gesundheitsbehörden als auch die Behörden aus dem Kultusbereich, als ausgesprochen besonnen und klug agierend. Das ist auch der richtige Weg: aufklären und Akzeptanz erhöhen, aber auch allen Schutz zu gewähren. Dies war bislang schon möglich, z. B. durch die Betretungsverbote, über die Herr Minister Tonne schon berichtet hat.

Wenn es mit dem Masernschutzgesetz gelingt, den Schutz der Menschen weiter zu erhöhen und die Masern schlussendlich zu eliminieren, dann ist dies vernünftig und aus diesem Grund auch zu begrüßen.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schüßler. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich nun die Kollegin Meta Janssen-Kucz gemeldet. Bitte sehr, Frau Kollegin!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank für die umfangreiche Beantwortung der Anfrage. Vor allem möchte ich mich dem Dank in Richtung des Landesgesundheitsamtes anschließen.

Das Landesgesundheitsamt hat gerade in diesem Jahr und in den vergangenen Jahren unheimlich intensiv in diesem Bereich gearbeitet und wirklich umfangreiche Kampagnen auf den Weg gebracht, die langsam ankommen. Ich sage bewusst „langsam“; denn ich glaube, dass wir zwischenzeitlich die Frage der Aufklärung und umfassenden Beratung nicht ernst genug genommen haben. Ich glaube, in diesem Bereich müssen wir sehr, sehr viel Kraft investieren, damit wir viel mehr Beratung und auch Aufklärung hinbekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich machen: Masern sind keine Kinderkrankheit. Jeder von uns ist verpflichtet, sich intensiv damit auseinanderzusetzen. Die Impfungen sind notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind gelebte gesellschaftliche Solidarität. Das halte ich für ganz wichtig. Wenn wir über die Impfpflicht ab März 2020 reden, die eigentlich den Masern gilt, wird ein Problem deutlich: Es gibt in Deutschland nur Dreifachimpfstoffe. Es ist also nicht möglich, sich nur gegen Masern impfen zu lassen. Man muss mit der Impfung gegen Masern mindestens auch eine Impfung gegen Röteln und Mumps auf einen Schlag mitnehmen. Das macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir in den Bereich der Forschung gehen und dass Einzelimpfstoffe zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur so bekommen wir es hin, gegenüber den Skeptikern deutlich zu machen: Ihr braucht keinen Dreifach-, Fünffach- oder teilweise auch Neunfachimpfstoffe zu nehmen. Dann kann man das anders abwägen. Das ist mir ganz wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, wichtig ist auch - das haben auch meine beiden Vorrednerinnen deutlich gemacht -, dass die letzten Masernausbrüche ganz deutlich gezeigt haben, dass das Problem nicht bei den ungeimpften Kindern liegt, sondern dass es sich um ein Problem der Erwachsenen handelt, die in der Zeit von ungefähr 1970 bis 2000 geboren wurden. Die-

se Impflücken zu schließen, ist die wirklich große Herausforderung. Die Impfpflicht, die ab 1. März kommen soll, entbindet uns nicht davon, den öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken, die Aufklärung weiter zu intensivieren und Impfungen wirklich niederschwellig anzubieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das entbindet uns aber nicht davon, in Kitas und Schulen auch Ressourcen für diese Aufklärungsarbeit zur Verfügung zu stellen. Denn die sind notwendig, das kann man nicht eben so nebenbei machen. Ansonsten müssen wir wirklich an einer umfassenden Impfstrategie arbeiten. Denn, ich glaube, da ist noch ziemlich viel Luft nach oben.

Und abschließend noch ein Satz: Impfskeptiker bringt man nicht durch Zwang zum Umdenken, sondern nur durch umfassende Beratung, also durch Überzeugung.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Frau Kollegen Janssen-Kucz. - Für die FDP-Fraktion hat sich der Kollege Försterling gemeldet.

(Dr. Stefan Birkner [FDP] und Helge Limburg [GRÜNE] sprechen miteinander)

- Herr Kollege, warten Sie einen Augenblick, bis Ihr Fraktionschef und Herr Limburg fertig sind.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ich habe ihn nur über Homöopathie aufgeklärt!)

- Homöopathie, die ist auch wichtig. Vielleicht kann Herr Försterling dazu auch noch etwas beitragen. Bitte schön!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident, gerne eine homöopathische Dosis: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion ist für das Masernschutzgesetz.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Försterling. Vorbildlicher Redebeitrag!

(Heiterkeit)

Aber es hat sich keiner mehr gemeldet, der sich noch nach Ihnen richten könnte. Das ist besonders schade.

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deswegen ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet. Bevor wir jetzt zu einem weiteren Highlight dieser Sitzung kommen, nämlich dem Abstimmungsmarathon, würden wir gern einen Wechsel in der Sitzungsleitung vornehmen.

Vielen Dank.

**(Präsidentin Dr. Gabriele Andretta
übernimmt den Vorsitz)**

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 52:

Haushaltsberatungen 2020 - Abschluss - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020 - HG 2020 -) - Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020 - Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 21 bis 31 - 19. Eingabenübersicht - Anträge nach § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT - **Schlusserklärungen - Schlussabstimmung**

In Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts 2020 und des Begleitgesetzes sowie der weiteren Beratungsgegenstände zu diesem Themenfeld kommen wir jetzt zu den Abstimmungen.

Wir beginnen mit den Abstimmungen zum Haushaltsgesetz. Im Rahmen der Einzelberatung zum Haushaltsgesetz stimmen wir über die Beschlussempfehlungen und die sich darauf beziehenden Änderungsanträge der Fraktionen ab, und zwar zunächst zu den Einzelplänen und danach zum Haushaltsgesetzentwurf.

Zu den Einzelplänen ist vorgesehen, jeweils zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge - soweit vorhanden -, soweit sie sich auf den jeweiligen Einzelplan beziehen, und danach über die Beschlussempfehlung des Ausschusses zu dem jeweiligen Einzelplan abzustimmen.

Um die Abstimmungen zu den Einzelplänen möglichst zügig durchzuführen, gehe ich von Ihrem Einverständnis aus, dass ich die Änderungsanträ-

ge, mit denen die Fraktionen sich jeweils auf mehrere Einzelpläne beziehen, nur in Kurzform erwähne und sie in der folgenden Reihenfolge aufrufe:

- „Änderungsantrag der Grünen“ - dies ist der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/5363 neu -,
- „Änderungsantrag der AfD“ - dabei handelt es sich um den Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 18/5382 - und
- „Änderungsantrag der FDP“ - dies meint den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/5385.

In diese Abstimmungen wird auch der von der Fraktion der FDP vorgelegte Eventualantrag in der Drucksache 18/5386 einbezogen, der sich auf die Einzelpläne 08 und 13 bezieht.

Ich gehe vom Einverständnis der Antragsteller aus, dass wir über den Gegenfinanzierungsvorschlag in Einzelplan 13 nur dann abstimmen, wenn der Eventualantrag hinsichtlich des Einzelplans 08 angenommen wird.

Bei den Einzelplänen 07 und 11 werden wir die Abstimmung über die in der Beschlussempfehlung mit der Drucksachenummer 18/5303 genannten Einzelpositionen jeweils der Abstimmung über die Einzelpläne voranstellen, sodass wir anschließend über die Einzelpläne im Übrigen abstimmen können.

Anschließend stimmen wir über den Antrag auf Annahme einer EntschlieÙung ab, der der Sache nach zum Haushaltsgesetz gehört.

Darauf folgen die Abstimmungen über die 19. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben, d. h. über die Eingaben, die sich auf den Haushalt beziehen.

Daran anschließend stimmen wir über die Gesetzentwürfe und die EntschlieÙungsanträge ab, die nach der Entscheidung des Ältestenrats in die Haushaltsberatungen einbezogen worden waren.

Die Fassung der zweiten Beratung des Haushalts - also die Fassung, die der Haushalt erhält, sofern den Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses zu den Einzelplänen gefolgt wird - hat die Landtagsverwaltung traditionsgemäß und in Abstimmung mit dem Finanzministerium als Vorab-Drucksache elektronisch verteilt; sie trägt die Drucksachenummer 18/5420. Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne wird das Dokument dann als reguläre Drucksache bereitgestellt wer-

den. Auf diese Weise können wir nach der Einzelberatung und den Schlusserklärungen der Fraktionen ohne Zeitverzögerung zur Schlussabstimmung kommen. Zuletzt stimmen wir dann über die Beschlussempfehlungen zum Haushaltsbegleitgesetz ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt geht es los. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit und Konzentration. Wir beginnen mit der Einzelberatung zum Haushaltsgesetz:

Ich rufe den Einzelplan 01 - Landtag - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen und der AfD sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5271 auf. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der AfD-Fraktion gefolgt.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 02 - Staatskanzlei - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Änderungsantrag der AfD mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer dem Änderungsantrag der FDP folgen möchte,

den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5272 auf. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses gegen die Stimmen von AfD-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefolgt.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Sport - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Ich rufe nun die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5273 auf. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion mit Mehrheit gefolgt.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 04 - Finanzministerium - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite

war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Ich rufe nun die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5274 auf. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses bei Gegenstimmen der Grünen, der FDP und der AfD gefolgt.

Ich rufe nun den Einzelplan 05 - Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Ich komme nun zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5275. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses bei Gegenstimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der AfD mit großer Mehrheit gefolgt.

Ich rufe nun den Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Kultur - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Ich rufe nun die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5276 auf. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses bei Gegenstimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der AfD gefolgt.

Ich rufe nun den Einzelplan 07 - Kultusministerium - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP sowie zwei Beschlussempfehlungen des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer möchte ihm folgen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Wie angekündigt, stimmen wir jetzt zunächst über die Einzelpositionen in Kapitel 0765 ab, zu denen die bei einer Enthaltung einstimmig gefasste Be-

schlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5303 vorliegt.

Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses bei Enthaltung der AfD-Fraktion mit großer Mehrheit gefolgt.

Zu Einzelplan 07 im Übrigen liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5277 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde bei Gegenstimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der AfD mit Mehrheit gefolgt.

Ich rufe nun den Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP, der Eventualantrag der FDP in der Drucksache 18/5386 sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Über den Eventualantrag wäre nach § 81 Abs. 3 Satz 2 unserer Geschäftsordnung nur dann abzustimmen, wenn der Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/5385 zum Einzelplan 08 abgelehnt würde.

Wir kommen nun zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Grünen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe nun den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Nachdem der Änderungsantrag der FDP abgelehnt wurde, kommen wir wie angekündigt zur Abstimmung über den Eventualantrag dieser Fraktion in der Drucksache 18/5386, der Kapitel 0802 betrifft. Dazu wurde von der FDP eine namentliche Abstimmung beantragt. Diesem Antrag ist zu entsprechen, wenn es zehn Mitglieder des Landtages

verlangen. Ich bitte daher diejenigen um ein Handzeichen, die für die namentliche Abstimmung sind. - Das Quorum ist erreicht. Die notwendige Unterstützung ist gegeben.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung. Das Verfahren für die namentliche Abstimmung ist in § 84 Abs. 2 und 4 unserer Geschäftsordnung geregelt.

(Unruhe)

- Ich darf um Ruhe bitten! Wir sind in der Abstimmung.

Danach ruft ein Mitglied des Sitzungsvorstandes alle Mitglieder des Landtages in alphabetischer Reihenfolge mit ihren Namen auf. Die Aufgerufenen geben ihre Stimme durch den Zuruf „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ ab.

Wer dem Eventualantrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte, ruft also „Ja“, wer dagegen ist „Nein“ und wer sich der Stimme enthält „Enthaltung“.

Ich bitte, so laut abzustimmen, dass es vom Sitzungsvorstand gut zu verstehen ist. Im Stenografischen Bericht wird vermerkt, wie jedes Mitglied des Landtages abgestimmt hat.

Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung. Frau Eilers hat das Wort.

(Unruhe)

- Bevor wir in die namentliche Abstimmung eintreten, bitte ich um Ruhe im Plenarsaal, damit hier alle Namen gehört werden können.

Bitte, Frau Kollegin Eilers!

(Schriftführerin Hillgriet Eilers verliest die Namen der Abgeordneten. Die Abstimmung verläuft wie folgt:

Thomas Adasch (CDU)	Nein
Dirk Adomat (SPD)	Nein
Jens Ahrends (AfD)	Nein
Dr. Bernd Althusmann (CDU)	Nein
Dr. Gabriele Andretta (SPD)	Nein
Holger Ansmann (SPD)	entsch.
Matthias Arends (SPD)	Nein
Martin Bäumer (CDU)	Nein
Karsten Becker (SPD)	Nein
Jochen Beekhuis (fraktionslos)	Nein
Dr. Stefan Birkner (FDP)	Ja
Karl-Heinz Bley (CDU)	Nein
André Bock (CDU)	Nein
Jörg Bode (FDP)	Ja

Marcus Bosse (SPD)	Nein	Dr. Silke Lesemann (SPD)	Nein
Stephan Bothe (AfD)	Nein	Kerstin Liebelt (SPD)	Nein
Axel Brammer (SPD)	entsch.	Dr. Dörte Liebetruth (SPD)	Nein
Christoph Bratmann (SPD)	Nein	Olaf Lies (SPD)	Nein
Markus Brinkmann (SPD)	Nein	Peer Lilienthal (AfD)	Nein
Thomas Brüninghoff (FDP)	Ja	Helge Limburg (GRÜNE)	Nein
Sylvia Bruns (FDP)	Ja	Karin Logemann (SPD)	Nein
Bernd Busemann (CDU)	Nein	Oliver Lottke (SPD)	Nein
Imke Byl (GRÜNE)	Nein	Bernd Lynack (SPD)	Nein
Christian Calderone (CDU)	Nein	Susanne Menge (GRÜNE)	Nein
Helmut Dammann-Tamke (CDU)	Nein	Christian Meyer (GRÜNE)	Nein
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)	Nein	Volker Meyer (CDU)	Nein
Jörn Domeier (SPD)	Nein	Anette Meyer zu Strohen (CDU)	Nein
Uwe Dorendorf (CDU)	Nein	Axel Miesner (CDU)	Nein
Thomas Ehbrecht (CDU)	Nein	Johanne Modder (SPD)	Nein
Christoph Eilers (CDU)	Nein	Matthias Möhle (SPD)	Nein
Hillgriet Eilers (FDP)	Ja	Dr. Marco Mohrmann (CDU)	Nein
Christopher Emden (AfD)	Nein	Hanna Naber (SPD)	Nein
Petra Emmerich-Kopatsch (SPD)	Nein	Jens Nacke (CDU)	Nein
Björn Försterling (FDP)	Ja	Dr. Esther Niewerth-Baumann (CDU)	Nein
Rainer Fredermann (CDU)	Nein	Frank Oesterhelweg (CDU)	Nein
Christian Fühner (CDU)	Nein	Wiebke Osigus (SPD)	Nein
Dr. Marco Genthe (FDP)	Ja	Dragos Pancescu (GRÜNE)	Nein
Immacolata Glosemeyer (SPD)	entsch.	Dr. Christos Pantazis (SPD)	Nein
Christian Grascha (FDP)	Ja	Anja Piel (GRÜNE)	Nein
Hermann Grupe (FDP)	Ja	Gudrun Pieper (CDU)	Nein
Dana Guth (AfD)	Nein	Boris Pistorius (SPD)	Nein
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)	Nein	Christoph Plett (CDU)	Nein
Thordies Hanisch (SPD)	Nein	Stefan Politze (SPD)	Nein
Karl Heinz Hausmann (SPD)	Nein	Guido Pott (SPD)	Nein
Frauke Heiligenstadt (SPD)	Nein	Ulf Prange (SPD)	Nein
Tobias Heilmann (SPD)	Nein	Philipp Raulfs (SPD)	Nein
Karsten Heineking (CDU)	Nein	Thiemo Röhler (CDU)	Nein
Frank Henning (SPD)	Nein	Harm Rykena (AfD)	-
Stefan Henze (AfD)	entsch.	Dr. Alexander Saipa (SPD)	Nein
Bernd-Carsten Hiebing (CDU)	Nein	Marcel Scharrelmann (CDU)	Nein
Reinhold Hilbers (CDU)	Nein	Oliver Schatta (CDU)	Nein
Jörg Hillmer (CDU)	Nein	Jörn Schepelmann (CDU)	Nein
Eike Holsten (CDU)	Nein	Dr. Frank Schmädedeke (CDU)	Nein
Gerda Hövel (CDU)	Nein	Heiner Schönecke (CDU)	Nein
Laura Hopmann (CDU)	Nein	Andrea Schröder-Ehlers (SPD)	Nein
Gerd Hujahn (SPD)	Nein	Doris Schröder-Köpf (SPD)	Nein
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)	Nein	Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE)	Nein
Burkhard Jasper (CDU)	Nein	Uwe Schünemann (CDU)	Nein
Petra Joumaah (CDU)	Nein	Claudia Schüßler (SPD)	Nein
Rüdiger Kauroff (SPD)	Nein	Susanne Victoria Schütz (FDP)	Ja
Alptekin Kirci (SPD)	Nein	Annette Schütze (SPD)	Nein
Stefan Klein (SPD)	Nein	Uwe Schwarz (SPD)	Nein
Veronika Koch (CDU)	Nein	Kai Seefried (CDU)	Nein
Horst Kortlang (FDP)	Ja	Volker Senftleben (SPD)	Nein
Dunja Kreiser (SPD)	Nein	Wiard Siebels (SPD)	Nein
Deniz Kurku (SPD)	Nein	Dr. Stephan Siemer (CDU)	Nein
Clemens Lammerskitten (CDU)	Nein	Miriam Staudte (GRÜNE)	Nein
Sebastian Lechner (CDU)	Nein	Ulf Thiele (CDU)	Nein

Björn Thümler (CDU)	Nein
Petra Tiemann (SPD)	Nein
Sabine Tippelt (SPD)	Nein
Dirk Toepffer (CDU)	Nein
Eva Viehoff (GRÜNE)	Nein
Ulrich Watermann (SPD)	Nein
Stephan Weil (SPD)	Nein
Stefan Wenzel (GRÜNE)	Nein
Lasse Weritz (CDU)	-
Dr. Thela Wernstedt (SPD)	Nein
Editha Westmann (CDU)	Nein
Klaus Wichmann (AfD)	Nein
Stefan Wirtz (AfD)	Nein
Mareike Wulf (CDU)	Nein
Sebastian Zinke (SPD)	Nein

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Befindet sich ein Mitglied des Landtages im Saal, das noch nicht abgestimmt hat?

(Zurufe: Herr Rykena und Herr Weritz!)

- Herr Rykena, Sie haben jetzt die Möglichkeit abzustimmen. Bitte!

(Herr Rykena [AfD]: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich stimme mit Nein!)

Nun hat Herr Weritz die Möglichkeit abzustimmen.

(Lasse Weritz [CDU]: Nein!)

Vielen Dank.

Gibt es weitere Mitglieder des Landtages, die noch nicht abgestimmt haben? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie, sich einen Moment zu gedulden. Das Ergebnis der Auszählung wird gleich vorliegen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, und nehmen Sie bitte Ihre Plätze wieder ein! Ich möchte das Ergebnis bekannt geben.

Abgestimmt haben 131 Mitglieder des Landtags, davon 11 mit Ja, 120 mit Nein, keine Enthaltung. Der Eventualantrag ist somit abgelehnt.

Durch die Ablehnung des Eventualantrags hinsichtlich des Einzelplans 08 erübrigt sich die Abstimmung über die in dem Eventualantrag vorgesehene Gegenfinanzierung im Einzelplan 13.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5278. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD gefolgt.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer möchte ihm folgen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit wurde dem Änderungsantrag der AfD nicht gefolgt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Ich rufe nun die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5279 auf. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD gefolgt.

Ich rufe den Einzelplan 11 - Justizministerium - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP sowie zwei Beschlussempfehlungen des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite

war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Wie angekündigt, stimmen wir jetzt zunächst über die Einzelpositionen in den Kapiteln 1101 und 1102 ab, zu denen die bei einer Enthaltung einstimmig gefasste Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5303 vorliegt. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses bei Enthaltung der Fraktion der AfD mit großer Mehrheit gefolgt.

Zu Einzelplan 11 im Übrigen liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5280 vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der FDP und bei Enthaltung der Fraktion der AfD mit Mehrheit gefolgt.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 12 - Staatsgerichtshof - auf.

Unverändert.

Ich rufe den Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? -

Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5282. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD mit Mehrheit gefolgt.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 14 - Landesrechnungshof - auf.

Hierzu liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5283 vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses einstimmig gefolgt.

Ich rufe den Einzelplan 15 - Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5284. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD mit Mehrheit gefolgt.

Ich rufe Einzelplan 16 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - auf.

Hierzu liegen Änderungsanträge der Grünen, der AfD und der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der Grünen auf. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Grünen abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der AfD auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5285 ab. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion mit Mehrheit gefolgt.

Ich rufe Einzelplan 17 - Landesbeauftragte für den Datenschutz - auf.

Hierzu liegen der Änderungsantrag der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5286 auf. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses mit großer Mehrheit gefolgt.

Wir kommen jetzt zum letzten Einzelplan: Einzelplan 20 - Hochbauten.

Hierzu liegen der Änderungsantrag der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP auf. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der FDP abgelehnt.

Wir kommen nun zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 18/5287. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses mit großer Mehrheit gefolgt.

Wir kommen nun zum Haushaltsgesetzentwurf.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/4285 neu mit den in der Beschlussempfehlung in der Drucksache 18/5270 vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen.

Zu den §§ 4 und 12 des Gesetzentwurfs liegt der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/5363 neu vor. Über diesen Änderungsantrag stimmen wir jeweils vor der Beschlussempfehlung des Ausschusses ab.

Ich rufe jetzt die Paragraphen des Haushaltsgesetzentwurfs 2020 der Reihe nach auf.

§ 1 einschließlich Anlage 1 in der Fassung der Unterrichtung in der Drucksache 18/5420, d. h. unter Berücksichtigung der zu den Einzelplänen beschlossenen Änderungen. - Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde mit großer Mehrheit so beschlossen.

§ 2. - Unverändert.

§ 3. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Änderungsempfehlung des Ausschusses mit großer Mehrheit und bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion gefolgt.

§ 4. - Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/5363 neu vor. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Beschlussempfehlung: Unverändert.

§ 5. - Unverändert.

§ 6 einschließlich der Anlage 2. - Unverändert.

§ 7. - Unverändert.

§ 8. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit wurde der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt.

§§ 9 bis 11. - Unverändert.

§ 12. - Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/5363 neu vor. Wer dem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Beschlussempfehlung: Unverändert.

§§ 13 bis 15. - Unverändert.

§ 15/1. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit wurde der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt.

§§ 16 und 17. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, ist jetzt den Fraktionen die Gelegenheit gegeben, die - wie vereinbart jeweils zehninütigen - **Schlusserklärungen** zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 abzugeben.

Ich erteile nun der Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Piel, das Wort. Bitte, Frau Kollegin!

Anja Piel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die GroKo macht es sich dieser Tage mit ihrer Selbstzufriedenheit sehr einfach. Sie wischen die Forderungen der Opposition vom Tisch. Dabei geht es um wichtige Investitionen in die Zukunft dieses Landes. Wollen Sie uns mit Ihren Trippelschritten wirklich weismachen, dass Sie sich endlich auf den Weg gemacht haben und sich so um die großen Baustellen kümmern wollen?

(Vizepräsident Bernd Busemann übernimmt den Vorsitz)

Eines hat dieses Plenum gezeigt: Richtig voran kommen Sie nicht. Der eine Hemmschuh ist die schwarze Null. Der andere Hemmschuh ist - das ist sehr deutlich geworden -, dass Sie sich in den wichtigen Zukunftsfragen nicht einig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Weil, sehr geehrter Herr Althausmann, sehr geehrter Herr Hilbers, seien Sie doch wenigstens heute mal ehrlich! Die schwarze Null ist doch jetzt schon Geschichte!

(Jens Nacke [CDU]: Frau Piel, was sollen solche Sätze?)

- Herr Nacke, der Kredit für die NORD/LB über 1,5 Milliarden Euro ist ein Schattenhaushalt; das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er ist ein Griff in die Taschen derer, die nach Ihnen kommen werden. Und schlimmer noch: Sie täuschen ja nicht nur uns, Sie täuschen ja auch die Öffentlichkeit, weil Sie den wahren Umfang der Belastungen und die Risiken nicht in das Haushaltsgesetz schreiben wollen.

Weiter geht es an der Stelle! Für all das Geld, das Sie *nicht* für den Klimaschutz ausgeben, werden sich die nach uns kommenden Generationen warm bedanken, Herr Nacke. Mit den Klimaschäden ist es nicht wie bei einem belasteten Erbe, das man ausschlagen kann - die kriegt man so, wie sie hinterlassen werden. Die letzte Einkommensminderung der Landwirte um 20 % geht auf das Konto der Dürre. Der Windbruch und die Waldschäden der Waldbauern werden noch teurer, wenn Sie beim Klimaschutz weiter zögern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema „viel gepriesene Einigkeit dieser Koalition“: Die SPD war da auf ihrem Parteitag schon bedeutend weiter; denn sie sagte: Die schwarze Null behindert die erforderlichen großen Schritte. Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen heißt nämlich, in Zukunftstechnologie, in Forschung und in Entwicklung zu investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt für die Windkraftindustrie genauso wie für klimafreundliche Mobilität. Das gilt auch beim Netzausbau, und das gilt auch für ein Reallabor für grünen Wasserstoff.

Umsonst wird es das alles nicht geben. Wir haben doch gesehen, dass sich

(Die Rednerin deutet auf die SPD-Fraktion)

da drüben nicht eine Hand gerührt hat, als sich dieser Finanzminister für die schwarze Null selbst gelobt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer dann noch wie der Kollege Toepffer - bei aller Wertschätzung! - Klimaschützer mit Rechtsextremisten in einen Topf wirft und unterstellt - - -

(Widerspruch von Dirk Toepffer [CDU])

- Sie können sich das hier im Protokoll anschauen!

(Dirk Toepffer [CDU]: Da stehen Ihre unverschämten Zwischenrufe, Frau Kollegin, mehr nicht!)

Sie haben das Thema Klimahysterie in einem Atemzug mit dem Thema Bevölkerungsaustausch genannt und Klimaschützer in den Senkel gestellt. Ich habe mir extra einen Vorabauszug ziehen lassen.

(Dirk Toepffer [CDU]: Unglaublich!)

- Ja, ich finde es in der Tat unglaublich, dass Sie das gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer unterstellt, dass Klimaschützerinnen und -schützer, die in großer Zahl auf der Straße sind, diese Gesellschaft sozial und politisch spalten wollen,

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

den ermahne ich zu etwas mehr ernsthafter Auseinandersetzung, auch mit den Menschen auf der Straße.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben die Generaldebatte dazu missbraucht, die Klimadiskussion als völlig überzogen darzustellen. Damit sprechen Sie allen engagierten Fridays-for-Future-Kräften, den ganzen Schülerinnen und Schülern, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und all den anderen ein verifiziertes und belastbares Wissen ab.

(Kai Seefried [CDU]: Bewusste Verdrehung!)

Ihre Kritik heißt doch übersetzt: Das Klima ändert sich, aber alle, die das thematisieren, betreiben

Hysterie und bewegen sich damit auf der gleichen Ebene mit den Rechten.

(Kai Seefried [CDU]: Bewusste Verdrehung!)

Das ist unter Ihrem Niveau. Solche Vergleiche gehören sich nicht.

(Kai Seefried [CDU]: Das ist unter *Ihrem* Niveau! - Weitere Zurufe von der CDU)

Seit Jahrzehnten setzen wir uns mit Umwelt- und Klimaschutz auseinander. Während Sie das Zeitalter der Deregulierung und Privatisierung sowie mehr freien Markt gepredigt haben, sind wir gegen Atomkraft, für Frieden und Umweltschutz auf die Straßen gegangen.

Herr Toepffer, wir Grünen nehmen nicht für uns in Anspruch, auf alles die richtigen Antworten zu haben. Aber im Gegensatz zu Ihnen stellen wir uns den Fragen, die da draußen gestellt werden, und bezeichnen die nicht als Hysterie, sondern suchen nach Lösungen, gemeinsam mit den Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie aber drücken sich um die drängenden Fragen in unserem Land. Lieber ruhen Sie sich auf den kleinen Fortschritten aus, die Sie erzielt haben, und klopfen sich gegenseitig kräftig auf die Schulter - wie bei der Finanzierung der Pflegekammer oder den Kleckerbeträgen für die Frauenhäuser. Aber damit ist doch noch nicht alles getan. Das wissen auch Sie. Das sind zwar richtige Ansätze. Aber dem Bedarf werden Sie dadurch doch noch lange nicht gerecht.

Die Liste Ihrer Versäumnisse ist noch länger:

Der Druck auf dem Wohnungsmarkt bleibt extrem. Eine Landeswohnungsbaugesellschaft könnte gezielt investieren, gerade in schwierigen Lagen. Warum versuchen Sie es nicht wenigstens?

Sie kündigen für das kommende Jahr ein Gesetz für die Kindertagesstätten an - aber ohne zusätzliche Mittel.

(Zuruf von Mareike Wulf [CDU])

Dabei wissen Sie doch selbst - das bleibt auch Ihnen nicht erspart -: Solange Sie die personelle Notsituation in den Einrichtungen nicht verbessern, schleifen Sie weiter die Qualität in der frühkindlichen Bildung. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für unsere Schulen haben Sie nichts mehr übrig als Modellprojekte. Das heißt: keine dauerhafte Entlastung, keine gleiche Besoldung für gleichwertige Arbeit und auch keine langfristigen, strukturellen Verbesserungen. Dabei braucht gute Bildung verlässliche Rahmenbedingungen und nicht nur neue Modelle. Fragen Sie mal an unseren Schulen, was die Lehrer davon halten, wenn ihnen immer wieder Modelle geboten werden! Die fragen nach langfristiger Entlastung.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Meyer [GRÜNE]: Und besserer Besoldung!)

Die politische Irrläuferei setzt sich auch in der Verkehrspolitik fort: kaum Klimaschutz im Verkehrsetat. Vorrang hat für Sie immer noch der Straßenbau, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen. Das lässt sich ganz leicht am Schülerticket messen: Da haben Sie keinen Gestaltungswillen. Das wäre etwas Soziales. Soziale Mobilität geht anders. Sie entscheiden sich in diesem Haushalt nicht dafür.

Ganz nebenbei schwächen Sie trotz aller gegenteiliger Bekenntnisse gegen rechts dann noch die Zivilgesellschaft. Gerade im Kampf gegen den Rechtsextremismus muss mehr drin sein. Es ist richtig und gut, dass wir alle gemeinsam in diesem Haus - bis auf eine Fraktion - nach dem Attentat in Halle jüdisches Leben und die jüdischen Gemeinden unterstützt und uns gegen Antisemitismus eingesetzt haben. Aber das heißt doch auch, dass wir die Initiativen gegen rechts, die Säulen für zivilgesellschaftliches Engagement, stärker unterstützen müssen. Sie sind die notwendigen Pfeiler einer starken Zivilgesellschaft. Gerade die zu stärken, fällt aber in Ihrer Haushaltsplanung hinten runter. Da wäre mehr möglich gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Punkt, an dem Sie versäumen, etwas zu tun, ist der Mittelansatz für queere Gesellschaft in diesem Land. Das ist wirklich ein Punkt, an dem immer noch gearbeitet werden muss. Das bekommen wir hier immer wieder von der rechten Seite vorgeführt. Da gibt es Lücken, da gibt es Toleranzlücken. Das ist gut angelegtes Geld. Das schützt die Leute, das hilft den Leuten. Auch da haben Sie die Mittel gekürzt. Sie haben die Wichtigkeit solcher Projekte für diese Gesellschaft einfach nicht verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe SPD, liebe CDU, gehen Sie im neuen Jahr noch einmal an die Arbeit! Bis Ostern ist ausrei-

chend Zeit, um den dringend nötigen und versprochenen Maßnahmenplan für den Klimaschutz vorzulegen. Stehen Sie nicht länger auf der Bremse! Setzen Sie sich zusammen!

Wir haben bei der CO₂-Bepreisung gemerkt, dass noch nicht einmal in Ihren beiden Fraktionen hier die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses richtig begriffen wurden. Der eine sagt, sie spalten die Gesellschaft. Der andere sagt, das ist zu viel Druck. Aber wir wissen, dass man sich im Vermittlungsausschuss auf einen höheren CO₂-Preis geeinigt hat.

Hören Sie also auf, sich gegenseitig im Wege zu stehen! Die Menschen in Niedersachsen haben mehr verdient als diesen Haushalt.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen und Ihren Liebsten ein besinnliches Weihnachtsfest. Schöpfen Sie Kraft und Energie für das, was noch ansteht!

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Piel. - Ich rufe jetzt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kollegin Johanne Modder, auf. Bitte, Sie haben das Wort!

Johanne Modder (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Haushaltsdebatten der letzten Tage aufmerksam verfolgt. Ich fand sie interessant und sehr aufschlussreich. Man hat an vielen Stellen gemerkt, mit wie viel Engagement die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker hier für ihre Themen streiten.

An verschiedenen Stellen - das betone ich hier ausdrücklich - wurde auch deutlich, dass die Zusammenarbeit in den Ausschüssen trotz unterschiedlicher inhaltlicher Auffassungen fraktionsübergreifend respektvoll und fair ist. Ich glaube, das darf hier auch einmal erwähnt werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP sowie Zustimmung von Peer Lilienthal [AfD])

Meine Damen und Herren, zum Wohle der hier lebenden Menschen und damit zum Wohle unseres Bundeslandes über den richtigen Weg zu streiten, ist richtig und wichtig. Ich finde, das ist eine

Stärkung unserer Demokratie. Dafür danke ich Ihnen allen ganz herzlich.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will aber an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen - ich erwähne das bewusst -, dass die Beiträge der AfD zum Teil wirklich unterirdisch - ich würde fast sagen: manchmal menschenverachtend - waren. Sie zeigen das Gesellschaftsbild, das Sie haben. Sie, meine Damen und Herren, setzen auf Spaltung dieser Gesellschaft. Sie wollen trennen. Dem stellen wir uns - ich bin mir sicher, dass die anderen Fraktionen in diesem Hause mir folgen - entschieden entgegen.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen gleich zur Verabschiedung des Haushalts 2020. Ich freue mich, dass wir 34,7 Milliarden Euro in ein zukunftsfähiges, stabiles und innovatives Niedersachsen investieren. Dies machen wir erneut ohne Neuverschuldung und ohne strukturelles Defizit.

Aber meine Kritik an den Anträgen der Opposition bleibt, und Ihr Wortbeitrag, Frau Piel, hat sie noch einmal unterstützt: Ihre Anträge sind unseriös und nicht durchfinanziert - ein bisschen Wunschzettel:

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

wiederkehrende Ausgaben mit Einmaleffekten finanziert.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das hat Herr Möllring zehn Jahre lang so gemacht!)

Eine seriöse und nachhaltige Finanzpolitik sieht eben anders aus.

(Zuruf von der CDU: Das konnten die noch nie!)

Meine Damen und Herren, damit die Innovationskraft Niedersachsens erhalten bleibt, stehen wir für einen verantwortungsvollen Schuldenabbau. Mit der bisherigen Tilgung von rund 786 Millionen Euro Schulden und dem Ziel, während der Legislaturperiode die Schuldentilgung auf 1 Milliarden Euro zu steigern, zeigen wir deutlich, dass wir uns unserer Verantwortung gegenüber den nach uns kommenden Generationen bewusst sind.

Aber zur Generationengerechtigkeit gehört eben auch, das Landesvermögen in einem vernünftigen Zustand zu übergeben. Dazu gehört nun einmal die Sanierung der Landesstraßen und auch der Gebäude. Ansonsten droht ein weiterer Verfall von Landesvermögen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Der heute zu beschließende Haushalt der SPDgeführten Landesregierung zeigt deutlich, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und in die Zukunft Niedersachsens investieren. Mit unseren inhaltlichen Schwerpunkten gestalten wir und setzen die Grundpfeiler über die folgenden Jahre hinaus. Dabei nimmt die Bildung von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung eine tragende und richtungsweisende Rolle in unserer sozialdemokratischen Politik ein.

Mit diesem Haushalt setzen wir ein deutliches Zeichen zur Verbesserung der Qualität an berufsbildenden Schulen, um nur ein Beispiel zu nennen. Das „BBS-Paket 2020“ mit rund 65 Millionen Euro spricht für sich.

Wir stärken den öffentlichen Dienst: Wiedereinstieg in die Jahressonderzahlungen - ein Versprechen eingelöst -, Sonderprogramm zur Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes, Verbesserung der Besoldung von Lehrkräften an Hauptschulen, Realschulen und Grundschulen.

Wir haben die Zukunft unseres Landes fest im Blick. Die Menschen in unserem Land können sich auf diese rot geführte Landesregierung verlassen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir gehen unseren Weg der Schulgeldfreiheit konsequent weiter und begegnen damit auch dem Fachkräftemangel. Mit unseren Investitionen in die Bereiche Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz leisten wir einen wichtigen Beitrag für ein sicheres Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, wir investieren insgesamt 55,5 Millionen Euro in Klimaschutz und Artenschutz, 400 Millionen Euro in die Wohnraumförderung, 1 Milliarde Euro in Digitalisierungsmaßnahmen, 250 Millionen Euro in unsere Krankenhäuser, 380 Millionen Euro in die Infrastruktur. Wir leisten Investitionen in Milliardenhöhe für ein zukunftsfähiges Niedersachsen!

Wir stellen uns den Herausforderungen unserer Zeit und packen sie an. Wie hat es unser Finanzminister treffend beschrieben? - Dieser Haushalt 2020 ist zukunfts- und wetterfest!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Schluss dieser intensiven und diskussionsfreudigen Plenarwoche und so kurz vor Weihnachten würde ich gerne - auch mit einem kleinen Hauch der Selbstkritik - einen ernst gemeinten Wunsch äußern. Ich würde gerne unsere Parlamentarischen Geschäftsführer bitten - meiner erschlägt mich, glaube ich, noch -, darüber nachzudenken, wie wir den wirklich wichtigen Haushaltsberatungen in diesem Haus einen anderen, einen etwas effektiveren und würdevollen Rahmen geben.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine friedliche und besinnliche Weihnachtszeit, einen guten Rutsch und einen guten Start ins neue Jahr. Bleiben Sie gesund! Ich hoffe, dass wir uns auch im nächsten Jahr wieder so diskussionsfreudig, aber respektvoll und fair für das Wohl unseres Landes einsetzen. Frohe Weihnachten!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei der CDU sowie Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Modder. - Jetzt erhält das Wort der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Dr. Stefan Birkner. Bitte sehr!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem größten Volumen, das ein Haushalt jemals hatte, bietet der Haushalt 2020 große Chancen, um Niedersachsen fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen und um echte Schwerpunkte zu setzen. Ich nenne nur die Digitalisierung, die Stärkung des Rechtsstaates und die Bildung. Dazu gehört aber auch, die Forschung und Entwicklung im Hinblick auf die großen Herausforderungen - wie etwa den Klimaschutz - anzugehen.

Außerdem bietet der Haushalt 2020 natürlich große Chancen für einen echten Schuldenabbau. Sehr geehrte Frau Kollegin Piel - aber das sage ich auch in Richtung der SPD-Fraktion, aus der eben-

falls immer wieder relativierende Töne kommen -, es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass Sie in Zeiten der größten Steuereinnahmen und des größten Haushaltsvolumens haben, was wir jemals hatten, die schwarze Null infrage stellen! Wann, wenn nicht jetzt kann es gelingen, in die Zukunft zu investieren, ohne dabei ständig Schulden zu machen? Deshalb muss auch von diesem Hohen Hause das Signal dafür ausgehen.

(Beifall bei der FDP)

Es wird Sie nicht verwundern - weil die vorgezeichnete Linie natürlich nachvollzogen wurde -, dass auch die Haushaltsberatungen nichts an unserer Einschätzung der Politik von SPD und CDU geändert haben. Der Haushalt bleibt ein Sammel-surium, bei dem keine Handschrift erkennbar ist und der weiterhin nur dem Anspruch der Mittelmäßigkeit genügt, den Sie überall verkörpern, ohne den Ehrgeiz zu haben, tatsächlich an die Spitze zu kommen. Am Ende ist und bleibt es ein Haushalt der vertanen Chancen - angesichts der Dimension der Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zu einer guten Politik gehört, den Haushalt auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten und das Potenzial, das in ihm steckt, zu nutzen. Zu einer erfolgreichen Politik gerade eines Landes gehört aber noch viel mehr. Dazu gehört, die Einflussmöglichkeiten, die man auf Bundesebene und vielleicht sogar auf der europäischen Ebene hat bzw. haben sollte, zum Wohle des Landes zu nutzen.

Die Herausforderungen sind groß, und wir können mit unserem Haushalt nicht alles allein bestimmen, weil inzwischen vieles miteinander verwoben ist. In Themenbereichen wie der Klima- und Energiepolitik, der Agrarpolitik, der Verkehrspolitik, der Digitalisierungspolitik und inzwischen auch der Bildungspolitik ist ein enges Zusammenwirken mit der Bundesebene nötig.

Mithin kommt es auch darauf an, welchen Einfluss die Landesregierung aus SPD und CDU in Berlin hat und inwiefern sie tatsächlich mitgestalten kann, um die Dinge im Sinne des Landes zu bewegen. Aber dazu muss ich sagen: Es ist eine wirklich große Enttäuschung, was Stefan Weil und Dr. Bernd Althusmann in Berlin abliefern - oder nicht abzuliefern in der Lage sind.

Das macht ein Blick auf die Agrarpolitik deutlich: Umsetzung der Nitratrüchlinie. Wir haben eine Bundeslandwirtschaftsministerin von der CDU, die

offensiv gegen die niedersächsischen Interessen Politik macht.

(Christian Grascha [FDP]: So ist es! - Beifall bei der FDP)

Sie macht offensiv Politik gegen die Landwirtinnen und Landwirte - Frau Otte-Kinast war auf der Agrarministerkonferenz ja dabei -, indem sie gegen das einstimmige Votum aller Agrarminister dieses Landes, auch der CDU-Minister, eine 20-prozentige Reduktion durchgesetzt hat.

Was muss denn bitte noch passieren, Herr Althusmann und Herr Ministerpräsident, damit Sie bei dieser Bundesregierung deutlich machen, dass ihre Politik gegen die Menschen gerichtet und nicht nur gegen die Menschen, sondern auch gegen die Interessen dieses Landes gerichtet ist, für das die Landwirtschaft eine herausragende Bedeutung hat? Aber es passiert nichts!

(Beifall bei der FDP)

Man muss in Richtung CDU-Fraktion deutlich sagen, dass die Zeiten, in denen die CDU eine Bauernpartei war, längst vorbei sind.

(Zuruf von der CDU: Ach, hört doch auf!)

Fragen Sie die Landwirtinnen und Landwirte doch einmal, wie sie zu der Politik stehen, die Sie mittlerweile über Jahrzehnte im Bund zu vertreten haben und die Sie hier am Ende nur halbherzig mittragen und umsetzen! Sie haben sich doch längst von ihnen abgewandt. Damit verlieren Sie einen wesentlichen Teil der niedersächsischen Bevölkerung und tragen genau zu dem bei, von dem ich in meiner ersten Rede zum Haushalt gesprochen habe: zur Spaltung der Gesellschaft. Denn die Menschen fühlen sich am Ende von Ihnen im Stich gelassen. - Das ist keine Politik, die wir in Niedersachsen durchgehen lassen sollten!

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der FDP: So ist es! - Widerspruch bei der CDU)

Das zweite Beispiel, bei dem sich zeigt, wie einflusslos diese Landesregierung in Berlin ist, ist das Drama um den Wolf. Auch da geht es darum, dass Menschen endlich Lösungen von der Politik erwarten. Auch das sind Interessen, die gerade in Niedersachsen besonders formuliert werden. Auch hier geht es um die Interessen Niedersachsens.

Aber, Herr Ministerpräsident, wie treten Sie gegenüber der Bundesumweltministerin auf? Und welchen Einfluss hat denn Herr Lies? Das, was

man erlebt, ist doch wirklich unfassbar! Da werden 166 Tiere nach Brüssel gemeldet. Der Umweltminister hat uns in den Debatten der letzten Tage gesagt, dass es deutlich über 200 Tiere sind und er das, was gemeldet wurde, eigentlich auch für falsch hält. Aber was machen Sie? - Sie schauen zu und lassen das kommentarlos zu.

Auch das zeigt wieder, dass Sie die Probleme der Menschen nicht wirklich ernst nehmen, sondern sich sogar noch irgendwie hinter Berlin und Brüssel verstecken. Sie nehmen keinen Einfluss und machen keine Politik im Sinne Niedersachsens und im Sinne der Menschen im ländlichen Raum. Auch hier werden die Betroffenen - in dem Fall ausdrücklich von der SPD - im Stich gelassen.

(Beifall bei der FDP - Wiard Siebels [SPD]: Das sagen die, die nicht mitregieren wollten!)

Wie groß Ihr Einfluss ist, Herr Ministerpräsident, konnten wir dieser Tage in der *FAZ* nachlesen. Sie haben dort über Ihre vermeintlich großen Erfolge unterrichtet - wie gesagt, Sie halten sie für Erfolge, wir halten das für eine definitiv falsche Politik. Sie haben darüber gesprochen, wie Sie bei der Klimapolitik weiter vorgehen wollen, und dass man mit der CO₂-Steuer vermutlich nichts erreichen, sondern die Menschen nur frustrieren würde.

Man konnte in der *FAZ* lesen - ich vermute, das wurde von den freundlichen Teilnehmern seitens der CDU oder der Grünen eins zu eins durchgesteckt -, welche Rolle die SPD eigentlich noch spielt:

(Christian Grascha [FDP]: Gar keine!)

Gar keine! Das, was da kommt, ist ein schwarz-grünes Projekt. Das ist gegen die eigentlich von Ihnen vertretene Position, die Sie jetzt versuchen als Ihren Erfolg zu verkaufen. Auch das ist unglaubwürdige Politik. Streuen Sie den Menschen da doch keinen Sand in die Augen! Das ist doch nicht das, wofür Sie eigentlich stehen.

(Beifall bei der FDP)

Für uns ist eine der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, die sich abzeichnende Schwäche der Konjunktur. Dazu habe ich hier bei der Eingangsrede zum Haushalt gesagt: Wir stehen für ein Konjunkturforschungsprogramm, das nicht nur ein Strohfeuer ist, sondern das strukturell tatsächlich dauerhaft angelegt sein muss. - Wir haben unsere Anträge dazu im Haushalt abgebildet.

Doch wir sehen hier von der Landesregierung nach wie vor nichts.

Herr Ministerpräsident, morgen findet ja, wenn ich das richtig sehe, der Autogipfel statt, an dem auch Sie, wie auch andere Ministerpräsidenten aus den sogenannten Autoländern, teilnehmen. Sie selbst haben in einer Antwort seitens der Landesregierung dargelegt, dass Sie das, was da auf uns zukommt, als den tiefsten Umbruch in der Geschichte der Automobilindustrie sehen. Sie sprechen von einem disruptiven Strukturwandel. Das sind ja nun dramatische Worte. Das sind riesige Herausforderungen für Niedersachsen, weil es ja nicht nur um das Unternehmen VW geht, das wir natürlich immer besonders im Blick haben, sondern es geht selbstverständlich auch um die gesamte Zulieferindustrie.

Da kommt etwas auf Niedersachsen zu, was noch das verstärkt, was wir ohnehin schon haben, nämlich eine zunehmende Spaltung zwischen Stadt und Land. Die Landwirte, die Bäuerinnen und Bauern sind unter Druck. Wir haben eine Verunsicherung im ländlichen Raum, z. B. durch den Wolf, aber auch durch viele andere Themen, beispielsweise die Gesundheitspolitik, fehlende Krankenhäuser oder die fragliche Gesundheitsversorgung der Zukunft. Und dann kommt noch die Schwäche der Automobilindustrie dazu. Also: Da kommt etwas auf uns zu.

Und was macht diese Landesregierung? - Nichts! Im Gegenteil: Sie verstärkt noch diese aus unserer Sicht völlig falsche einseitige Festlegung auf E-Mobilität. Der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident erklären auch noch, dieser Weg sei richtig. Die ersten Insolvenzen bei den Zulieferern haben wir. Was ist Ihre Antwort darauf? - Sie machen einen Dialog, der zwei-, dreimal im Jahr stattfindet. Aber handfeste Politik ist eben nicht spürbar.

Auch hier lassen Sie die Menschen am Ende tatsächlich im Stich, weil Sie eben keine Konzepte haben, damit umzugehen, und weil Sie mit einer völlig falschen einseitigen Festlegung an der E-Mobilität festhalten, während mittlerweile in China gesagt wird - China wurde ja immer als einer der Treiber genannt; ich meine, sogar Sie haben China hier einmal in einer der Debatten als Treiber genannt -: Nein, die E-Mobilität ist für uns gar nicht mehr der treibende Faktor. Wir wollen auf Vielfalt setzen.

Deshalb ist diese Politik, diese einseitige Festlegung falsch. Damit spielen Sie mit der Zukunft Niedersachsens in einem ganz wesentlichen Feld. Das halten wir für verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP)

Die richtige Politik wäre aus unserer Sicht, dass Sie auf Technologieoffenheit setzen, dass Sie viel mehr in Forschung und Entwicklung gehen und dass wir über synthetische Kraftstoffe sprechen, weil wir am Ende doch auch den Verbrennungsmotor brauchen werden. Auch das betrifft gerade Niedersachsen, weil wir ein ländlich strukturiertes Land sind, in dem wir lange Strecken haben und der ÖPNV bei Weitem noch nicht so weit ist, dass man auf das Auto verzichten könnte.

Deshalb werden wir auf den Verbrennungsmotor angewiesen sein. Deshalb ist das eine Chance für Niedersachsen. Deshalb sollte diese Landesregierung nicht dem VW-Konzern folgen - Sie kennen unsere Haltung zu Ihrer Rolle im Aufsichtsrat -, sondern sie sollte neue Konzepte entwickeln und neue Ideen einbringen, die Forschung und Entwicklung für eine Zukunft des Verbrennungsmotors voranbringen und sich wehren.

Denn die ganze Krise der Automobilindustrie ist maßgeblich politisch initiiert worden. Politische Entscheidungen haben dazu geführt. Es ist doch nicht so, dass Autos nicht gekauft werden würden. Im Gegenteil: Die Kundinnen und Kunden wollen und werden Autos kaufen. Das ist die Chance. Deshalb: Verlassen Sie den Irrweg, sich ausschließlich auf die E-Mobilität festzulegen! Öffnen Sie sich, und vertreten Sie eine Technologieoffenheit!

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, abschließend: Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es uns nicht gelungen ist, Sie von unseren Haushaltsänderungsanträgen zu überzeugen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir arbeiten weiter daran und werden das im nächsten Jahr wieder versuchen.

Wir sind der Überzeugung: Die Schwerpunkte müssen auf Wachstum, Wohlstand, Ideen und Innovationen liegen und auch davon getragen sein, dass den Menschen etwas zugetraut wird. Wir setzen auf Anreize statt auf Vorgaben. Wir setzen nicht auf das Ordnungsrecht, wie das insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen von den Grünen hier im Hause immer tun.

Eine Bitte habe ich für die nächsten Haushaltsberatungen - da möchte ich beispielhaft nur das nehmen, was der Kollege Thiele gesagt hat -: Sie behaupten ja immer, das alles, was wir machten, sei total unseriös. Das ist Ihr Pauschalargument, das wir natürlich zurückweisen.

Vizepräsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Der Kollege Thiele hat uns vorgeworfen, wir hätten eine Überdeckung von 1,4 Millionen Euro. Das genaue Nachrechnen ergibt dann, dass das einfach falsch ist, Herr Thiele. Wenn der Haushaltspolitiker der Union mit solchen falschen Zahlen ins Rennen geht, dann, meine Damen und Herren, können wir Ihrem Vorwurf, was die vermeintlich mangelnde Seriosität angeht, nun wahrlich nicht ernst nehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Es folgt jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Abgeordnete Dirk Toepffer.

(Beifall bei der CDU)

Herr Toepffer, Sie haben das Wort.

Dirk Toepffer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist jetzt der zweite Haushalt, den diese GroKo in Niedersachsen auf den Weg bringt. Wenn man etwas schon einmal gemacht hat, dann ist es Zeit, auch einmal zurückzublicken: Wie war es denn beim letzten Mal? - Deswegen rede ich jetzt nicht nur über die Einbringung dieses Haushalts - auch das werde ich tun -, sondern auch einmal über die Abschlussreden zum Haushalt 2019 aus dem Jahr 2018.

Liebe Frau Piel, ich habe schon gestern die Gelegenheit genommen und einmal Ihre Abschlussrede aus dem Jahr 2018 gelesen. Ich kann Ihnen eines sagen: Hätte ich die am Montag gelesen und mir das alles noch einmal in Erinnerung gerufen, ich wäre am Dienstag nicht so höflich mit Ihnen umgegangen.

(Beifall bei der CDU)

Die Haushaltabschlussreden des Jahres 2018 hatten im Wesentlichen drei große Themen zum Inhalt. Eigentlich gab es noch ein viertes Thema. Das vierte Thema war die kurzfristige Abwesenheit des Ministerpräsidenten. Das darf ich hier erwähnen, weil er ja da ist.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist erwähnenswert!)

So haben uns damals drei Themen bewegt.

Bei der FDP waren das - nicht überraschend - Schulden abbauen, mehr Geld ausgeben - das kennen wir; das haben wir eben auch gehört - und die berechtigte Sorge um die NORD/LB.

Die Sorge um die NORD/LB hat damals auch die Grünen ergriffen. Frau Piel hat damals die etwas abstruse Drohung in den Raum gestellt, Herr Hilbers solle daran denken, was beim Thema NORD/LB 2019 auf ihn zukommen würde.

Dann beklagten Sie im Wesentlichen, wie auch heute, das Nichtstun beim Klimaschutz und das fehlende Klimaschutzgesetz.

Das Dritte - auch das ist nicht neu; das haben wir heute auch wieder gehört - war die Sorge um diese GroKo, Frau Piel. Sie stellten schon damals die Frage, ob wir uns denn gemeinsam trauen würden.

Die Beratung zum Haushalt 2020 hat meines Erachtens eines gezeigt: Die Sorge um die NORD/LB war nicht unbegründet. Aber dies hat den Finanzminister nicht umgeworfen. Zur Stunde erreicht uns die Nachricht aus Sachsen-Anhalt, dass auch die Kolleginnen und Kollegen in Sachsen-Anhalt unseren Plänen zur NORD/LB zugestimmt haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Herzlichen Glückwunsch, Minister Hilbers, dass Sie überlebt haben! Ich denke, auch das ist ein Erfolg dieser Koalition.

Das Klimaschutzgesetz haben wir in der Tat nun beschlossen. Aber ich gebe Ihnen in einem Punkt recht: Der Klimaschutz bleibt natürlich ein ganz, ganz wichtiges Thema, weil - das hat Herr Birkner richtig ausgeführt - daran auch ganz viel hängt. Niedersachsen ist und bleibt Agrarland Nummer eins - so wie die CDU die Partei des ländlichen Raums und auch der Bauern.

(Beifall bei der CDU - Christian Meyer [GRÜNE]: Herr Dammann-Tamke hat nicht geklatscht!)

Am Thema Klima hängt natürlich auch die Zukunft unserer Automobilindustrie. Auch da gebe ich Ihnen recht: Das sind wichtige Probleme. Deswegen sollte man das Thema Klima noch einmal vertiefen.

Ich habe am Dienstag dargelegt, dass das Thema Klimaschutz im Niedersächsischen Landtag kein neues ist und dass wir uns bereits in den 80er-Jahren mit diesem Thema hier beschäftigt haben.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ja, toll! Es ist aber nichts dabei herausgekommen!)

Lieber Kollege Wenzel, Sie haben dann zu Recht - das muss ich zugeben - an den Kollegen Gruhl, damaliger CDU-Bundestagsabgeordneter, erinnert, der bereits 1975 ein Buch mit dem Titel „Ein Planet wird geplündert“ geschrieben hat. Er hat eigentlich all das beschrieben, was wir heute diskutieren. Vielen Dank für diesen niveaувollen und sachlichen Beitrag. Er hat sich wohlwollend von dem unterschieden, was ich eben gehört habe.

In einem Punkt muss ich Sie aber korrigieren. Sie haben gesagt, Herr Gruhl hätte sich dann allerdings entschlossen, den Grünen beizutreten. Das war viel schlimmer, Herr Wenzel: Er ist nicht nur den Grünen beigetreten; er hat sie mitgegründet. Sie sind quasi eine Ausgründung von uns.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

- Ja, das war so. Er hat die GAZ gegründet. Da war er Vorsitzender. Die war dann die Gründungsorganisation der Grünen. Das ist so.

Dann kam die Kollegin Piel und stellte die unglaubliche Frage, was denn seit den 80er-Jahren geschehen sei, Frau Piel, und das von einer Fraktionsvorsitzenden, die sich in besonderer Weise mit der Rettung des Klimas beschäftigen will oder die dies zumindest vorgibt.

Ich habe mir gestern ein bisschen Zeit genommen und geguckt, was in den 80ern aufseiten der CDU passiert ist. Das ist kein Vorwurf an die anderen. Ich weiß, auch die anderen haben etwas gemacht. Aber es wurde ja die Frage gestellt, was wir gemacht haben.

1984 diskutierte Deutschland über Waldsterben 1.0. Die Grünen forderten das sofortige Ende des Verbrennungsmotors. Wir hingegen haben den Katalysator als Pflicht eingeführt. Ich sehe, es gibt den Verbrennungsmotor immer noch und den Wald auch noch. - War die richtige Entscheidung!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD
- Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

1986, lieber Herr Limburg, haben wir dann das Bundesumweltministerium gegründet mit dem Minister Wallmann, der 1988 von Klaus Töpfer abgelöst worden ist, der als einer der ersten in meiner Partei den Ausstieg aus der Kernkraft gefordert hat. Er konnte sich damals nicht durchsetzen, aber es folgte die Gründung des Bundesamtes für Strahlenschutz.

(Zurufe von den GRÜNEN)

1989 kam dann das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz. Wer hat es beschlossen? - Die CDU!

(Beifall bei der CDU)

1991 die Einführung des Dualen Systems Grüner Punkt. Wer hat es beschlossen? - Die CDU!

(Beifall bei der CDU)

1989 das Stromeinspeisungsgesetz, vorher Vergütungsregelung Grüner Strom. Das war die Einleitung der Energiewende - mit unserem Minister!

1992 sprachen wir über das Ozonloch. Es folgte - CDU hat es gemacht! - das FCKW-Verbot.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Verbot!
Oh! Endlich ist die CDU für Verbote!)

Das Ozonloch ist Gott sei Dank wieder kleiner, Herr Meyer.

1993 haben wir die weltweit niedrigsten Dioxin-Grenzwerte beschlossen

(Christian Meyer [GRÜNE]: Noch einmal Verbote!)

und 1994 den Umweltschutz mit Angela Merkel in das Grundgesetz aufgenommen.

Das ist das, was wir geleistet haben!

(Beifall bei der CDU)

Wie gesagt, nicht, das andere nichts gemacht hätten!

(Christian Meyer [GRÜNE]: Gute Verbote!)

Ich will Ihnen einmal sagen, warum ich das hier betone. Nicht, um hier Wahlkampf zu machen! Das dauert noch lange. Die Auseinandersetzungen kommen noch.

Ich will Ihnen sagen, was mich ärgert. Was mich ärgert, ist, dass junge Menschen auf die Straße gehen - zu Recht; das finde ich erst einmal gut -

und man diesen Menschen gegenüber den Eindruck erweckt - das kommt permanent aus Ihrer Ecke -, es sei in all den Jahren der Bundesrepublik Deutschland nichts für Klimaschutz und Umweltschutz passiert. Und das ist definitiv falsch!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD
- Imke Byl [GRÜNE]: Zu wenig!)

Mir liegt daran, nach draußen zu senden: Dieses politische System der Bundesrepublik Deutschland funktioniert. Es funktioniert einzigartig. Es gibt keinen Grund, es infrage zu stellen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Machen wir auch nicht!)

Ich kann Ihnen eines sagen: Dazu gehören auch Äußerungen wie die eben mit der Frage: Seien Sie wenigstens jetzt einmal ehrlich! - Liebe Frau Piel, wenn Sie sich hier hinstellen und so etwas zu diesem Parlament sagen, unterstellen Sie uns allen, dass wir permanent lügen würden. Das - das muss man den Menschen draußen sagen - ist hier nicht der Fall!

(Starker Beifall bei der CDU und lebhafter Beifall bei der SPD)

Mit dem Lügen ist das so eine Sache. Man kann auch Wahrheiten verdrehen, indem man Behauptungen in den Raum stellt, ohne sie zu unterlegen. Ich habe mir einmal meine Rede geholt und mich gefragt: Was hat sie eigentlich gemeint, als sie eben diesen unglaublichen Vorwurf erhoben hat?

(Anja Piel [GRÜNE]: Jetzt bin ich gespannt!)

Ich habe Folgendes gesagt:

„Der Zeitgeist wird durch einen mitunter religiös anmutenden Alleinanspruch auf Wahrheit - -“

(Anja Piel [GRÜNE]: Nein, das ist nicht der Satz, auf den ich mich beziehe!)

- Dann müssen Sie die Sätze zitieren, ohne einfach Äußerungen in den Raum zu stellen, auf die man nicht mehr reagieren kann, Frau Piel!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD
- Anja Piel [GRÜNE]: Machen Sie sich keine Sorgen! Ich komme gern mit dem Protokoll vorbei!)

Ich kann Ihnen eines sagen: Wir sprachen hier viel über die Spaltung der Gesellschaft. - Man kann

auch dieses Parlament spalten. Das kann ich Ihnen sagen.

(Anja Piel [GRÜNE]: Na ja! Wir können ja mal gucken, was Sie gesagt haben!)

Aber eines kann ich Ihnen auch sagen: Bei allen Bemühungen werden Sie mich nicht so weit abspalten, dass ich da lande!

Zum Schluss zur Frage des Vertrauens! Vertrauen wir uns? Vertrauen sich Johanne Modder und Dirk Toepffer? - Jedenfalls traue ich ihr weit, weit mehr als Sie! Das kann ich Ihnen sagen.

Ich kann Ihnen auch noch Folgendes sagen: Wir haben bei diesem Haushalt in dieser Koalition unterschiedliche Akzente gesetzt. Ja, das ist richtig. Wir haben natürlich unterschiedliche Schwerpunkte. Das ist auch richtig. Aber eines ist für diese Große Koalition einfach symbolisch: Wir gönnen uns gegenseitig unsere Erfolge. Wenn sich einmal einer mit seinem Schwerpunkt durchgesetzt hat, sagen wir nicht: „Ah, das finden wir nicht gut, dass der sich durchgesetzt hat“, sondern dann ist das unser gemeinsamer Schwerpunkt. Und so machen wir weiter!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ja, lieber Herr Birkner, wir haben natürlich das eine oder andere repariert. Ich rede mal lieber von Ergänzung. Das war früher auch nicht anders. Natürlich wird über die politischen Listen ergänzt und repariert. Aber wissen Sie, was das Tolle ist? - Diese Fraktion und auch diese Fraktion sind dazu in der Lage. Sie beide machen es zusammen. Sie können gemeinsam reparieren. Das ist heutzutage nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD
- Christian Grascha [FDP]: Was Sie vorher kaputtgemacht haben!)

Liebe Opposition, ich weiß, dass Sie es manchmal schwer haben angesichts einer Übermacht dieser Großen Koalition,

(Christian Meyer [GRÜNE]: Wer wollte denn eine Große Koalition?)

die nicht wir, sondern der Wähler - nicht wir, sondern der Wähler! - so gewollt hat.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Die Wähler wollten keine Große Koalition!)

Wir haben diesen Auftrag zur Regierungsbildung bekommen, und wir haben ihn umgesetzt.

Ich kann Ihnen eines sagen: Diese Große Koalition funktioniert hervorragend. Die Stabilität dieser Großen Koalition ist angesichts der Dinge, die um uns herum vorgehen, an sich schon ein Wert, den man wirklich würdigen sollte. In einem Deutschland, in dem über Große Koalitionen, über das Auseinanderbrechen von Koalitionen gesprochen wird, muss ich sagen: Ich bin stolz darauf, Teil einer Großen Koalition zu sein, die stabil funktioniert und ihren Auftrag weiter ausüben wird. Das ist meine Weihnachtsbotschaft für Sie!

Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Toepffer. - Meine Damen und Herren, jetzt folgt noch der Beitrag der Fraktion der AfD. Ich rufe Herrn Abgeordneten Peer Lilienthal auf. Bitte!

Peer Lilienthal (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Bevor ich inhaltlich einsteige, möchte ich kurz etwas zum Verfahren der Haushaltsberatung sagen, aber nicht wegen des Verfahrens selber, sondern weil ich meine, dass das Verfahren, das sich hier entwickelt hat - das ist nicht als Vorwurf gemeint - der Bedeutung und der Qualität, die Haushaltsberatungen eigentlich haben sollten, nicht richtig Rechnung trägt. Ich werde kurz aufzeigen, was ich damit meine.

Wir bekommen im Spätsommer den Haushaltsplanentwurf der Landesregierung, beraten dann im Ausschuss. - An dieser Stelle möchte ich noch einmal recht herzlich den Häusern - das haben wir in den Beratungen bisher nicht gemacht - für die zügige Beantwortung der Fragen danken, möchte aber auch dem Landesrechnungshof von dieser Stelle aus dafür danken, dass Sie immer Ansprechpartner waren und die Haushaltsberatungen im wahrsten Sinne des Wortes positiv begleitet haben.

Zum Ende des Jahres werden die Zahlen des Haushaltsplanentwurfs der Landesregierung immer fragwürdiger. Das liegt aber nicht daran, dass sie falsch errechnet worden wären, sondern daran, dass das nahende Jahresende die Zahlen für 2020 valider werden lässt. Steuerschätzungen werden genauer. Ausgaben lassen sich genauer berechnen, im Augenblick beispielsweise Zinsminderausgaben; im Moment sind es immer Minderausga-

ben. Das kann sich ja auch wieder einmal ändern. Die Zahlen für 2020 lassen sich im November oder Dezember einfach besser voraussagen als noch im Spätsommer. Das ist völlig klar.

Zudem gibt es neue Gesetze auf Bundesebene, die Niedersachsen zum Handeln bringen. Auch wir selber haben Gesetze erlassen, die möglicherweise finanzielle Verpflichtungen in sich bergen. Zum Jahresende muss man im Grunde genommen etwas machen.

Für uns als Opposition sind die Zahlen sehr, sehr schwer zu ermitteln. Die Zinsminderausgaben könnte man - das haben wir auch gemacht - anfragen. Man könnte auch andere Sachen mit Kleinen Anfragen hinterlegen. Aber es gibt dafür ein Instrument, das hier geschaffen wurde, die sogenannte technische Liste, die technische politische Liste. Sie kommt im Moment aus der CDU- und der SPD-Fraktion. Wenn wir einmal ganz ehrlich sind - ich vermute, niemand von Ihnen wird mir widersprechen -: Ganz wesentlichen Anteil gerade beim Errechnen der technischen Liste haben die Häuser und gerade das Ministerium für Finanzen. Hand aufs Herz: Das wird einfach so sein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie aus der Fraktion heraus tatsächlich die Kraft entwickeln und diese Zahlen titelscharf errechnen.

Das ist auch nicht weiter ehrenrührig, wird für uns aber aus folgendem Grund zum Problem: Sie haben irgendwann Ihre große Haushaltsklausur und erarbeiten in diesem Rahmen die technische politische Liste, können jedenfalls, wenn Sie auf 2020 blicken, schon mit den dann neuen Zahlen arbeiten. Das können wir als Opposition nicht. Für uns ist also der Zeitraum, in dem wir Änderungen besprechen können, weitaus kleiner. Ich halte das für ungerecht.

Ich möchte Ihnen von dieser Stelle aus einen Vorschlag machen, den Sie möglicherweise im Ältestenrat besprechen können, ganz deutlich unter der Prämisse, dass er nicht von der AfD gekommen ist. Ich werde mich also nicht hinstellen und sagen: Das war unsere Idee. - Mir geht es tatsächlich darum, ein besseres Verfahren zu haben.

Wir haben die nächsten Haushaltsberatungen Anfang Dezember. Wenn es gelänge, bis Anfang November, vielleicht frühe Mitte November allen gleichzeitig die Zahlen der technischen Liste zur Verfügung zu stellen, könnten sich die Oppositionsfraktionen, die im Moment immer mit Vorschlägen kommen, im Gegenzug erklären, ihre Änderungsanträge im Haushaltsausschuss früher vorzu-

legen. Im Moment legen wir unsere Ideen so vor, dass sie im Haushaltsausschuss gar nicht mehr besprochen werden können. Das wird von den regierungstragenden Fraktionen bemängelt. Das ist auch mangelhaft, muss man ganz klar sagen, aber dem Verfahren geschuldet.

Vielleicht könnte man das erst einmal als Gentlemen's Agreement machen, ohne alle möglichen Regelungen und Gesetze anzupassen, und wir könnten uns verpflichten, Änderungsvorschläge so früh zu machen, dass sie zumindest in zwei Sitzungen des Haushaltsausschusses beraten werden können. Im Gegenzug könnte man die Beratungszeit hier im Plenum um ungefähr ein Drittel bis ein Viertel kürzen.

Warum ist das wichtig? - Ich will überhaupt nicht, dass weniger zu den Einzelplänen gesprochen wird. Aber es kann doch nicht unser Anspruch sein, dass abends um 22 Uhr z. B. Frau Honé vor einem - naja, sagen wir mal - nicht mehr ganz so aufmerksamen Auditorium spricht. Den Tag davor hat der Finanzminister - im Grunde genommen ist das ja seine Bühne hier in dieser Woche - auch spät abends gesprochen, als hier im Plenum schon Partystimmung war; da nehme ich mich selber gar nicht aus. Ich denke, das ist der ganzen Sache eigentlich nicht würdig. Es gelänge besser, das hier möglicherweise zu reduzieren und der ganzen Debatte eine bessere Qualität zu geben, wenn man vorher einmal im Haushaltsausschuss darüber gesprochen hat.

So viel zum Verfahren. Wie gesagt: Denken Sie mal darüber nach! Vielleicht kommen wir ja zu einer Lösung, vielleicht auch nicht. Ich würde mich freuen. Denn auch das Muffelwild in der Gührde hat - so lustig das klingt - im Grunde genommen ein Recht darauf, dass vernünftig darüber gesprochen wird und alle zuhören.

Jenseits des Verfahrens: Der Haushalt ist Politik in Zahlen. Mehr noch: Er ist nach unserer Vorstellung die gute Zukunft in Zahlen. Aus all Ihren Entwürfen - auch aus denen der Landesregierung - kann ich mir ungefähr vorstellen, wie Sie sich die Zukunft Niedersachsens vorstellen. Unser Änderungsantrag ist ganz deutlich. Er atmet Klarheit, er kennt klare Schwerpunkte, beispielsweise mit dem Ansatz in Höhe von 100 Millionen Euro zur Altschuldentilgung. Diese wahrnehmbaren Schwerpunkte, diese kommunizierbaren und deutlichen Schwerpunkte - das habe ich schon mehrfach ausgeführt - haben wir beim Haushaltsplanentwurf der Landesregierung, aber auch bei den Ände-

rungsanträgen der beiden großen Fraktionen vermisst. Das unterscheidet uns.

Ich halte - das will ich nicht noch weiter ausführen; das habe ich vorgestern schon gemacht - Ihren Ansatz für ambitions- und mutlos. Das ist einfach so. Es kann nicht Anspruch von Politik sein, alle Partikularinteressen irgendwie zu befriedigen und das große Ganze aus dem Blick zu verlieren. Das geht in Zeiten, in denen wir dermaßen große Kassenüberschüsse haben, einfach nicht. Man muss hier auch unbequeme Entscheidungen treffen. Das ist einfach so; das ist Politik. Das ist nicht immer vergnügungssteuerpflichtig. Das haben wir aber von Ihnen erwartet, zumal es bis zur nächsten Landtagswahl noch sehr lange hin ist, und der Wähler vergisst schnell. Sie hätten hier wirklich die Chance gehabt, einen echten Punkt zu setzen und zum Wohle von Niedersachsen heute und morgen beispielsweise mehr Altschulden tilgen können.

Wir sagen auch, wo wir weniger ausgeben wollen; das ist auch richtig. Ja, wir halten die Inklusion in ihrer jetzigen Form für verfehlt, und zwar nicht, weil wir den Kindern etwas Böses wollen, sondern weil wir einfach glauben, dass es der Individualität des Menschen nicht guttut, was hier gemacht wird. Das ist völlig klar.

Und ja, wir halten auch die Migrationspolitik in ihrer jetzigen Form für gescheitert. Das hier so deutlich zu sagen, begreifen wir auch als unseren Auftrag.

Und jetzt? Wir haben hier keine Mehrheit, und es sieht auch nicht so aus, als wenn die Koalition morgen zerbricht und sich Verschiebungen ergeben würden. Wir werden auch keinen Konsens erreichen. Wir sind seit zwei Jahren im Landtag und erleben hier, dass wir vom Angelschein bis zum Frauenhaus alles beantragen können. Das wird dann im Ausschuss beraten. Insoweit Danke dafür. Sie wissen vielleicht, dass es auch Bundesländer gibt, in denen AfD-Anträge standardmäßig einfach gar nicht in die Ausschüsse überwiesen werden. Das ist eine völlige Katastrophe und ein echtes Problem für die Demokratie. Hier ist es anders. Die Anträge kommen zumindest in die Ausschüsse, wo wir immerhin mit Ihnen darüber sprechen und Ihnen unseren Ansatz vorstellen können. Danach wird dann alles abgelehnt - so natürlich auch unsere Haushaltsanträge.

Also alles für die Tonne? - Nein, natürlich nicht! Denn unsere Rolle als Opposition ist doch folgende: Wenn wir es hier auf diesem Weg nicht schaffen, einen Konsens mit Ihnen zu erreichen, und Sie unsere Vorschläge nicht übernehmen, dann

wollen wir zumindest, dass der Wähler unseren grundstürzenden Gegenentwurf zu Ihrer Vorstellung von Politik kennt und sich das nächste Mal anders entscheidet. Das ist unser Ansatz.

(Wiard Siebels [SPD]: Und wenn er ihn kennt, entscheidet er sich wieder für uns!)

Das nimmt eine Frage aus der Diskussion auf, was genau eigentlich uns von Ihnen unterscheidet.

(Zurufe von der SPD: Viel!)

Nein, wir als Opposition sind nicht immer gegen alles. Wir haben nicht immer alles abgelehnt. Wir haben anlassbezogen sowohl für Vorschläge der Großen Koalition als auch der Oppositionsfraktionen gestimmt. Und nein, wir wollen keinen anderen Staat. Wir stehen ausdrücklich zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland und wollen in diesem System Veränderungen herbeiführen.

(Beifall bei der AfD - Jens Nacke [CDU]: Das stimmt ja wieder nicht! - Christian Meyer [GRÜNE]: Herr Höcke will was anderes!)

Da können Sie tagein, tagaus das Gegenteil behaupten. Das wird dadurch nicht wahrer, Herr Siebels.

(Ulrich Watermann [SPD]: Taten und Worte!)

Wir begreifen uns nicht nur heute, sondern auch morgen eben nicht als Variante für Deutschland, sondern als Alternative für Deutschland - ohne verbale Ausfälle. Diese Rolle haben Sie im Plenum übernommen; das will ich ganz deutlich sagen. Herr Schwarz, als es gestern um den Einzelplan 05 ging, haben Sie zu Herrn Bothe mit Blick auf unseren Änderungsantrag gesagt, solche Ansätze hätten in der Vergangenheit dazu geführt, dass Leute in Kriege geschickt werden.

Man kann sich hier sicherlich alles Mögliche an den Kopf werfen, ich bin da auch nicht zimperlich, und ich habe auch kein Harmoniebedürfnis.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Schade eigentlich!)

Aber wenn gerade jemand, der zur SPD gehört, die ja nun Generationen junger Männer in Deutschland tatsächlich in Auslandseinsätze geschickt hat, die eigentlich de facto Kriege sind, sich hier hinstellt und sagt, unser Haushaltsplan geht

irgendwie in Richtung Krieg oder so, dann geht das gar nicht.

(Wiard Siebels [SPD]: Die Opfernummern kennen wir schon! - Johanne Modder [SPD]: Betreiben Sie hier keine Geschichtsklitterung!)

Herr Schwarz, ich fordere Sie von dieser Stelle noch mal auf, das zurückzunehmen oder zumindest zu erklären, dass Sie das nicht so gemeint haben.

(Beifall bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Hier austeilen, aber nichts einstecken können!)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Herr Siebels, bitte!

Peer Lilienthal (AfD):

Also, was bleibt? Ich wünsche zunächst einmal Frau Otte-Kinast alles Gute zum ersten Enkelkind und dann Ihnen allen frohe und besinnliche Festtage und ein erfolgreiches Jahr 2020!

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, jetzt haben alle Fraktionen ihre Schlusserklärung abgegeben, sodass ich gleich zur Schlussabstimmung zum Haushaltsgesetz kommen möchte.

Aber bevor es so weit ist, der Hinweis und die Bitte an Sie: Wenn die Abstimmung zum Haushaltsgesetz gelaufen ist, dann rennen Sie nicht gleich weg; denn wir haben noch ein mittelschweres Paket im Übrigen zur Abstimmung vorliegen - nicht zuletzt das Haushaltsbegleitgesetz. Es könnte dann also noch ein bisschen dauern. Das Plenum ist gut besetzt; das möge auch so bleiben.

Wir kommen jetzt zur **Schlussabstimmung** zum Haushaltsgesetz.

(Unruhe)

- Ich bitte um Ruhe.

Wer dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 in der Drucksache 18/4285 neu mit den beschlossenen Änderungen sowie § 1 in der Fassung der Unterrichtung in der Drucksache 18/5420 nunmehr endgültig seine Zustimmung geben will, den bitte ich aufzustehen. - Die Gegenprobe. - Ich frage sicherheitshalber nach Enthaltungen. - Das

Erste war die eindeutige Mehrheit: mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Zeit für Emotionen muss immer sein.

Ich darf gleichwohl formal festhalten: Mit den Stimmen der Regierungsfractionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen ist das Haushaltsgesetz 2020 somit beschlossen.

Es geht weiter.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung zum Haushaltsgesetz folgen und die in die Beratung einbezogene Eingabe für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Beschlussempfehlung gefolgt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über den gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GOLT in die Beratung einbezogenen Antrag.

Wer den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/5364 annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Och komm, Siebels, einmal kannst du doch mitmachen! - Heiterkeit)

- Sie werben noch um Zustimmung.

(Wiard Siebels [SPD]: Bis zur letzten Sekunde!)

Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Die Stimmen haben nicht für die Mehrheit gereicht. Der Entschließungsantrag ist nicht angenommen worden.

Als Nächstes kommen wir zur 19. Übersicht über Beschlussempfehlungen zu Eingaben in der Drucksache 18/5346. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor.

Wer zu diesen Eingaben der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Ausschussempfehlung hierzu befolgt worden.

Als Letztes kommen wir jetzt zu den Abstimmungen über die mit den Haushaltsberatungen verbundenen drei Gesetzentwürfe und zwölf Entschließungsanträge:

Zunächst zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Generationengerechtigkeit (1. Nachtrags-Haushaltsgesetz 2019) - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5068](#).

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 18/5317 folgen und damit den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/5068 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP abgelehnt worden. Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Wir kommen zu: „Kfz-Richtlinie des Landes überarbeiten - umweltfreundliche Beschaffung sicherstellen“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1067](#).

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 18/5330 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/1067 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Es folgt: „Fachkräftemangel entgegentreten - Tarifabschluss wirkungsgleich umsetzen - Sonderzahlung im öffentlichen Dienst wieder einführen“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3936](#).

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 18/5322 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/3936 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Es folgt der Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Regelung von Schutz und Hilfe für Frauen und ihre minderjährigen Kinder vor Gewalt im sozialen Nahraum (Niedersächsisches Frauenschutzgesetz - Nds. FrauSchG) - Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1078](#).

Wie bereits bekanntgegeben, hat die Fraktion der AfD diesen Gesetzentwurf zurückgezogen, sodass eine Abstimmung sich erübrigt. - Sie nicken. Das ist also der unveränderte Stand.

Es geht weiter mit: „Von Gewalt betroffene Frauen nicht vor verschlossener Tür stehen lassen - Frauenhäuser stärken, Rechtsanspruch schaffen“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/829](#).

Wer der Nr. 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der Drucksache 18/5344 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/829 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Nr. 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden.

Weiter geht es mit „Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen umsetzen - Schutz ausbauen, Rechtsanspruch schaffen, mit Prävention Gewalt verhindern“ - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/5244](#).

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der Drucksache 18/5344 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/5244 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Grünen war das Erste die große Mehrheit. Der Entschließungsantrag ist unverändert angenommen worden.

Es folgt der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2556](#).

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der Drucksache 18/5343 folgen und damit den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/2556 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung gefolgt und der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP abgelehnt worden.

Dazu dann gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT: „Bessere Pflege für Niedersachsen und Deutschland“ - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/374](#).

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der Drucksache 18/5343 folgen und damit den Antrag der Fraktion der FDP nach § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT in der Drucksache 18/374 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt und der Antrag der Fraktion der FDP abgelehnt worden.

Es folgt: „Interessen der Pflegekräfte in Niedersachsen schützen - Pflegekammer zur freiwilligen Vereinigung der Niedersächsischen Pflege umbauen oder Kammergesetz anpassen“ - Antrag der Fraktion der AfD - Drucksache 18/2578.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der Drucksache 18/5343 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 18/2578 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die klare Mehrheit. Damit ist der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt und der Antrag der Fraktion der AfD abgelehnt worden.

„Vollbefragung zur Pflegekammer“ - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2886](#).

Wer der Nr. 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der Drucksache 18/5343 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/2886 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Nr. 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung gefolgt und der Antrag der Fraktion der FDP abgelehnt worden.

„Selbstverwaltung der Pflegekräfte stärken!“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2897](#).

Wer der Nr. 4 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der Drucksache 18/5343 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/2897 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Nr. 4 der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt und

der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden.

Wer der Nr. 5 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der Drucksache 18/5343 folgen und damit die in die Beratung einbezogenen Eingaben für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion war das Erste die eindeutige Mehrheit. Damit sind die entsprechenden Eingaben für erledigt erklärt.

„Landesförderprogramm für alternativ angetriebene Taxis in Niedersachsen - sauber, modern und leistungsfähig!“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3931](#) neu.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung in der Drucksache 18/5353 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/3931 neu ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung gefolgt und der Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP abgelehnt worden.

„Wiedereinführung der Meisterpflicht - starkes Signal für Niedersachsen, Deutschland und Europa“ - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/5076](#).

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung in der Drucksache 18/5242 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/5076 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Wie hat sich die FDP-Fraktion artikuliert?

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wir haben zugestimmt!)

- Sie haben zugestimmt. Damit war das Erste in jedem Fall die ganz große Mehrheit. Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU unverändert angenommen worden.

Es folgt: „Netzausbau-Offensive für ländliche Räume starten und Mobilfunkförderung vorantreiben, damit alle Niedersachsen in gleicher Weise von der Digitalisierung profitieren können“ - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/5077](#).

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung in der Drucksache 18/5351 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/5077 unverändert annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Entschließungsantrag der der Fraktionen der SPD und der CDU unverändert angenommen worden.

„Sportstätten fördern: Sportland Niedersachsen fit für die Zukunft machen“ - Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1842](#).

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport in der Drucksache 18/5228 folgen und damit den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/1842 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt und der Entschließungsantrag der FDP abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen zur Einzelberatung zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020.

Zu diesem Gesetzentwurf liegen die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 18/5288 und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP in den Drucksachen 18/5365 und 18/5393 vor. Die Änderungsanträge stelle ich in der Reihenfolge ihres Eingangs jeweils bei den Artikeln zur Abstimmung, auf die sie sich beziehen. Als Letztes rufe ich jeweils die Beschlussempfehlung des Ausschusses auf.

Wir kommen zu:

Artikel 1. - Hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer diese so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Artikel 2. - Hierzu gibt es ebenfalls eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer so befinden will, hebe die Hand. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Artikel 3. - Hierzu gibt es ebenfalls eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer sich dieser anschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Artikel 4. - Unverändert.

Artikel 5. - Unverändert.

Artikel 5/1. - Hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer so beschließen möchte, der möge die Hand heben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die große Mehrheit. Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Artikel 6. - Unverändert.

Artikel 7. - Unverändert.

Artikel 8. - Hierzu gibt es wiederum eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer so beschließen möchte, möge die Hand heben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Artikel 9. - Hierzu müssen wir ebenfalls beschließen, ob die Änderungsempfehlung des Ausschusses gewollt ist oder nicht. Wer sich ihr anschließen möchte, hebe die Hand. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Artikel 10. - Hierzu gibt es ebenfalls eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer dafür ist, hebe die Hand. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Einfügung neuer Artikel 11 bis 17. - Hierzu gibt es zunächst einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/5365. Wer so befinden möchte, der hebe die Hand. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hierzu abgelehnt.

Es folgt ein weiterer Antrag mit dem Gegenstand der Einfügung eines neuen Artikels 11 gemäß dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/5393. Wer sich dem anschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP ist abgelehnt.

Artikel 11. - Hierzu kommt zunächst der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 18/5365 zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seine Stimme geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Die Abgeordneten der GRÜNEN und Stefan Politze [SPD] heben die Hand)

- Herr Politze?

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Er hat sich geirrt! - Gegenruf von Anja Piel [GRÜNE]: Nein! - Gegenruf von Wiard Siebels [SPD]: Das rettet euch auch nicht!)

Fehlstart! - Ich darf das so deuten, dass die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen geschlossen für den Änderungsantrag gestimmt hat. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Ebenfalls zu Artikel 11 gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/5393. Wer diesen Änderungsantrag beschließen möchte, der hebe die Hand. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP entsprechend abgelehnt.

Dann bleibt übrig die Beschlussempfehlung, die „unverändert“ lautet.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung über das Haushaltsbegleitgesetz.

Wer es so beschließen möchte, der möge sich bitte vom Platz erheben. - Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich nicht, also ist das Haushaltsbegleitgesetz mit den Stimmen der Regierungsfaktionen beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Nr. 2 der Beschlussempfehlung. Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung folgen und damit die in die Beratung einbezogenen Eingaben 1291 und 1372

für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Damit sind die angesprochenen Eingaben für erledigt erklärt worden.

Damit, meine Damen und Herren, sind die Abstimmungen zum Haushalt 2020 abgeschlossen.

Ich komme nun schlussendlich zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, 24. Tagungsabschnitt ist für den 29. bis zum 31. Januar 2020 vorgesehen. Die Landtagspräsidentin wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen.

Nun darf ich Ihnen im Namen der Präsidentin und im Namen des Präsidiums und des ganzen Hauses eine gute restliche Adventszeit und schöne, besinnliche und ertragreiche Weihnachtsfeiertage wünschen. Kommen Sie gut ins neue Jahr! Im Januar geht es wieder los. Alles Gute!

(Lebhafter Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 12.16 Uhr.